

**Zeitschrift:** Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel  
**Herausgeber:** Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel  
**Band:** 164 (1986)

**Artikel:** Die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1914 : I. Band  
**Autor:** Haeberli, Wilfried  
**Kapitel:** 6.: Politische Wirksamkeit, Wahlen und Abstimmungen, 1886-1900  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1006771>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 20.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

mehr als sozialdemokratisches, sondern als kommunistisches Organ. Mitglieder der Genossenschaft konnten Einzelpersonen sowie Vereine und Gesellschaften werden. Der Beitritt stand jedermann offen, der mindestens einen Anteilschein von fünf Franken erwarb. Von Vereinen, Gewerkschaften und Verbänden mussten mindestens je vier Anteilscheine erworben werden, vom Arbeiterbund und von der Partei 50 Stück. Für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft haftete nur deren Gesamtvermögen, persönliche Haftbarkeit der Mitglieder war ausgeschlossen. Aus einem eventuellen Reingewinn war in erster Linie eine Dividende von 4% der Anteilscheine an die Mitglieder der Genossenschaft zu entrichten; der Rest sollte als Reservefonds und zum Ausbau der Zeitung verwendet werden.

Über die internen Probleme des Basler Arbeiterblatts um die *Jahrhundertwende* liegen so gut wie keine Quellen vor. Es scheint, dass sich die Zeitung ruhiger entwickeln konnte als in den vorangehenden Jahren. Die *Abonnentenzahl*, die im September 1897 mit 2200 wieder den Höchststand des alten «Vorwärts» erreicht hatte, scheint *langsam zugenommen* zu haben. Dennoch blieb die finanzielle Lage gespannt. Arnold führte das Blatt im bewährten Geist seines Vorgängers weiter, wobei er versuchte, seine eigene Bildungsinsuffizienz durch Mitarbeiter von Niveau auszugleichen. Unter diesen ragten Grossrat Adam Müller-Ott durch seine juristischen, nationalökonomischen und pädagogischen Kenntnisse und Eugen Wulschleger durch die Klarheit seines Blicks heraus. Arnold selbst nahm in Leitartikeln vor allem zu Wohnungs- und Genossenschaftsfragen Stellung, in welchen er als Kenner gelten konnte; die Zeitung erhielt dadurch einen stark *sozialpolitischen Einschlag*. Noch aber war sie weit davon entfernt, die Versprechen einlösen zu können, die den Bezügern 1897 anlässlich der Namensänderung gemacht worden waren.

## 6. Kapitel: Politische Wirksamkeit, Wahlen und Abstimmungen, 1886–1900

### a) Grossratswahlen

Seit 1875 war die Arbeiterpartei im Grossen Rat nicht mehr vertreten. Die links-freisinnigen «Arbeiterfreunde», meist mit grütlianischer Unterstützung gewählt, wurden von der organisierten Arbeiterschaft nicht als legitime Vertreter ihrer Interessen anerkannt.

In den weitestblickenden Grütlianerkreisen, vor allem bei Wulschleger, herrschte die Auffassung vor, eine Beteiligung der Arbeiterschaft bei Grossratswahlen mit eigenen Kandidaten sei erst dann erfolgversprechend, wenn der seit 1885 angestrebte lokale Zentralverband Wirklichkeit geworden sei. So beschloss der Kantonalverband der baselstädtischen Grütlivereine am 10. März 1886 – zu einem Zeitpunkt, da die informellen Besprechungen zur Neubelebung des eingegangenen Arbeiterbunds in bestem Gange waren – keine Kandidaten für die Grossrats-Ersatzwahlen vom 20./21.

März aufzustellen und das Pulver für das Haupttreffen, die Gesamterneuerungswahlen des folgenden Jahres, zu sparen.<sup>1)</sup>

Als die Vereinigten Freisinnigen von sich aus die Grütlianer Konrad Sturzenegger im Riehenquartier und Eugen Wullschleger im innern Bläsiquartier portierten, verzichtete man in Arbeiterkreisen auf jegliche besondere Werbung für die beiden Arbeitervertreter.<sup>2)</sup> Sturzenegger unterlag denn auch deutlich; im innern Bläsiquartier dagegen, wo keine Wahl zustande kam, lag *Wullschleger* an der Spitze der Kandidaten.

Dieser Erfolg kam so überraschend und Wullschleger so ungelegen, dass die Führer der politischen Arbeitervereine zunächst recht ratlos waren, umsomehr als eben in diesen Tagen die Gründung des zweiten Arbeiterbunds mit der Statutenausarbeitung in ihr Endstadium trat und die Konzentration aller Kräfte auf dieses Anliegen erforderte. So konnte es kaum verwundern, dass die Wahlpropaganda für Wullschleger erst in zwölfter Stunde in Gang kam. Die Grütlivereine setzten sich mittels Plakaten und Flugblättern für ihr hervorragendstes Mitglied ein; ein Wahlinserat im «Volksfreund» erschien erst am 27. März, dem ersten Abstimmungstag des zweiten Wahlgangs.<sup>3)</sup> Dennoch machte der damals noch als Commis wirkende Grütlianer mit Hilfe des Linksfreisinns das Rennen.<sup>4)</sup>

Damit zog – sozusagen gegen seinen eigenen Willen – *erstmal*s seit elf Jahren wieder ein eigener Vertreter der Arbeiterpartei in den Grossen Rat ein. Erst vierundzwanzigjährig, einer der jüngsten Grossräte in der Geschichte des Basler Kantonalparlaments, war er dazu berufen, darin eine ganz andere Rolle zu spielen als der ungebildete und meist in Schweigen verharrende Posamenter J.H. Frey zur Zeit der internationalen Bewegung. In seinem Wahlkommentar gab der «Volksfreund» seiner Hoffnung Ausdruck, die erfolgreiche Arbeiterkandidatur werde in der Zukunft als festes Bindeglied zwischen der Arbeiterschaft und der übrigen freisinnigen Bevölkerung wirken. Dies lag sicher für die nächsten Jahre auch in den Absichten Wullschlegers. Wenige Monate später trat der neue Grossrat aber der Basler Sektion der SPS bei und bekannte sich damit auch öffentlich zu seiner sozialdemokratischen Gesinnung.<sup>5)</sup> Es war ihm zu diesem Zeitpunkt bereits klar, dass die Verselbständigung der politischen Arbeiterbewegung und damit die Loslösung vom Freisinn nur noch eine Frage der Zeit sei.

Innerhalb von wenig mehr als vier Monaten sind im Jahre 1886 die *Grundsteine der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung* gelegt worden. War zur *Wahl des ersten Sozialdemokraten in den Grossen Rat* (28. März) noch die Hilfe des Freisinns notwendig, so stellten die *Gründung des zweiten Arbeiterbunds Basel* (29. April) und der ersten dauernden *Arbeiterzeitung* der Stadt (Anfang August) selbständige Leistungen der organisierten Arbeiterschaft Basels dar.

Im Hinblick auf die *Gesamterneuerungswahlen vom Frühjahr 1887* setzte bereits im Spätherbst 1886 ein heftiges Werben der Freisinnigen und Konservativen um Arbeitersympathien ein, nachdem die letzten Erneuerungswahlen bewiesen hatten, dass

mit der Arbeiterschaft politisch zu rechnen war.<sup>6)</sup> In politischen Kreisen der Stadt sah man mit beträchtlicher Spannung dem Entscheid über das Wahlverhalten der nun im Arbeiterbund verankerten Arbeiterpartei entgegen.

Wullschleger eröffnete die Erörterungen mit einem grossen Artikel im «Grütlianner.»<sup>7)</sup> Er empfahl der jungen «Partei», ihre Kräfte nicht auf die kommenden Wahlen zu konzentrieren, sondern vorerst die eigene Organisation auszubauen, vor allem aber ein gesinnungstreues Kader heranzubilden, das bei späteren Wahlen als Kandidatenreservoir dienen könne. Obschon er selbst dank freisinniger Hilfe zu seinem Grossratsitz gekommen war, warnte er seine Parteigenossen, zu sehr auf das Entgegenkommen der Regierungspartei zu hoffen, und schloss den Artikel mit den Worten «Selbst ist der Mann!»

Fand der Appell an den Selbständigkeitswillen der Arbeiterschaft Gehör, so war anderseits die kampflustige Arbeiterpartei nicht gewillt, den Empfehlungen zu einem Planen auf weite Sicht und vorläufiger Wahlabstinenz Folge zu leisten. Bereits im Februar 1887 scheint im Arbeiterbund der Entscheid zugunsten einer weitgehend selbständigen Wahlbeteiligung gefallen zu sein. Am 5. März stimmte der Grütliverein Grossbasel einer ihm vom Vorstand vorgelegten Kandidatenliste zu, die als ausgesprochene Arbeitervertretung gelten konnte.<sup>8)</sup>

Als Männer, die auf dem Boden der Realitäten standen, waren sich Wullschleger, Arnold und Bärwart, die drei grütlianismischen Führer der Arbeiterpartei, bewusst, dass die junge Organisation im Alleingang wenig Aussichten hatte, sich durchzusetzen. Was ihnen vorschwebte, war ein Zusammengehen mit den Freisinnigen unter Bedingungen, die sie bestimmten. Gelang es der Arbeiterpartei, als geschlossenes Ganzes aufzutreten, ein eigenes Wahlkomitee einzusetzen und gewisse sachliche Forderungen zu formulieren, bevor die Freisinnigen in die Wahlbewegung eintraten, so war damit zu rechnen, dass diese sich die Wahlhilfe beträchtliche Konzessionen kosten liessen. Es wurde deshalb rasch gehandelt, und der Erfolg blieb nicht aus. Wullschleger und Bärwart erwiesen sich als zugleich zähe und elastische Verhandlungspartner und erreichten die Aufnahme mehrerer ausgesprochener Arbeiterkandidaten auf die gemeinsame Wahlliste. Auch einigte man sich auf ein *gemeinsames Wahlprogramm*, das verschiedene langjährige Postulate der Grütlianner und anderer politischer Arbeitervereine enthielt.<sup>9)</sup> Es forderte u.a. eine kantonale Verfassungsreform im Sinn der Erweiterung der Volksrechte, eine Justizreform, unentgeltliche Abgabe der Lehrmittel, Ausbau der obligatorischen Krankenversicherung, Revision des Fallitengesetzes und Einführung von gewerblichen Schiedsgerichten.<sup>10)</sup>

Im Wahlkampf versuchte die Arbeiterpartei, sich die *Unterstützung der kleinen Handwerksmeister* zu sichern, die sich damals gleich den Arbeitern als Opfer des Grosskapitals empfanden. Es war denn auch nicht zufällig, dass sich auf der von einer öffentlichen Wahlversammlung der Arbeiterpartei aufgestellten Arbeiterliste eine beträchtliche Anzahl den Arbeitervereinen angehörende Kleinmeister befanden.<sup>11)</sup>



Im *ersten Wahlgang* wurde unter den Arbeiterkandidaten im engeren Sinn einzig der Bisherige, *Wullschleger*, gewählt, dazu eine Anzahl arbeiterfreundliche linksfreisinnige Grütlianner.<sup>12)</sup> Vier Arbeiterkandidaten gelangten in die Stichwahl. Der «Arbeiterfreund» schätzte die Zahl der Arbeiterwähler auf 1200–1400 bei 6000 Abstimmenden, die Gesinnungsgenossen in Wahlquartieren nicht inbegriffen, wo keine Arbeiterkandidaten aufgestellt worden waren. Der Behauptung eines Flugblatts der konservativen Quartiervereine, dass auswärtige Elemente den schweizerischen Arbeitervereinen ihre Wünsche vorschrieben, konnte Redaktor *Arnold* mit vollem Recht entgegenhalten, dass zur Zeit in der Arbeiterbewegung Basels kein einziger Ausländer eine Rolle spiele.<sup>13)</sup>

Obschon auch vor dem *zweiten Wahlgang* das rote Gespenst in der gegnerischen Propaganda vereinzelt aufmarschieren musste, wurden mit Redaktor *Arnold* und Schuhmachermeister *Konrad Sturzenegger* zwei weitere ausgesprochene Arbeiterkandidaten ins kantonale Parlament gewählt, dazu drei arbeiterfreundliche Linksfreisinnige. Mit *Wullschleger* und *Arnold*, der wenige Wochen zuvor der sozialdemokratischen Mitgliedschaft beigetreten war,<sup>14)</sup> sassen nun zwei Sozialdemokraten im Grossen Rat. Zusammen mit den zwei Sozialdemokraten verfügten die Freisinnigen trotz leichtem Rückgang mit 82 von 130 Mandaten immer noch über eine sichere Mehrheit im Grossen Rat.<sup>15)</sup>

Bei den herbstlichen Ersatzwahlen unterstützte die Arbeiterpartei ohne Begeisterung die freisinnige Liste, bei jenen des folgenden Jahres verzichtete sie auf eine Beteiligung an der Wahl.<sup>16)</sup> 1889 standen sich an einer Parteiversammlung zwei Auffassungen gegenüber: Wahlenthaltung wie 1888, um sich für grössere Aufgaben zu schonen – Wahlbeteiligung, um für die Gesamterneuerungswahlen von 1890 Lehren ziehen zu können. Die zweite Variante setzte sich durch. Taktisch klug beschränkte man sich auf die *Ersatzwahl* im äusseren Bläsiquartier, einer ausgesprochenen Arbeiterhochburg, wo zudem mit *Lehrer Adam Müller-Ott* ein zügiger Kandidat zur Verfügung stand.<sup>17)</sup> Nach kurzer, aber intensiver Wahlpropaganda und mit Unterstützung der Freisinnigen und erstmals der Katholiken wurde der ehrgeizige, aber einen guten Ruf als Betreuer von Arbeiterkindern geniesende *Lehrer* glänzend gewählt, womit *der dritte Sozialdemokrat* in den Grossen Rat einzog.<sup>18)</sup>

Fiel die Vertretung der organisierten Arbeiterschaft im Grossen Rat zu Ende der achtziger Jahre numerisch kaum ins Gewicht, so bestand sie doch aus lauter tüchtigen Kräften und Sachkennern, die sich rasch Achtung zu verschaffen vermochten. Grundsatztreue mit taktischem Geschick verbindend, war die Arbeiterpartei zu einer Grösse geworden, mit der in Zukunft zu rechnen war.

Bisher hatte sich die Arbeiterpartei noch weitgehend im Rahmen der Freisinnigen an den Wahlen beteiligt, im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts begann sie, selbständig in den Kampf zu ziehen. Zwar wurde weiterhin vom Mittel des Wahlkompromisses, vor allem mit dem immer noch an der Macht befindlichen Freisinn, Gebrauch gemacht, doch wurde dadurch die Selbständigkeit der SP nicht mehr in Frage gestellt.

Das *Majoritätssystem* machte den *Wahlkompromiss* für Minderheitsparteien in gewissen Situationen fast unvermeidlich; mit der Einführung der Verhältniswahl fiel er dahin. Im Parteivolk machte sich seit 1890 eine Tendenz nach *vollständiger Unabhängigkeit* geltend. Diese war auch das *Fernziel* der Parteileitung; taktische Notwendigkeiten führten aber doch von Fall zu Fall zu Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen, vor allem beim zweiten Wahlgang. Entscheidend war, dass die SP nun eine politische Grösse darstellte, mit der zu rechnen war; so konnte sie – vor allem in Arbeiterquartieren – ihre Bedingungen stellen.

Im wesentlichen konzentrierte sich die SP weiterhin auf die alle drei Jahre stattfindenden Gesamterneuerungswahlen; ihre beschränkten Mittel hätten eine intensive Werbung bei Ersatzwahlen auch gar nicht erlaubt. Dabei stellte sie jeweils ein eigenes *Wahlprogramm* auf. Dessen Quellen gingen bis zu den Forderungen des IAV in den sechziger Jahren zurück, beruhten aber vor allem auf dem Programm der Arbeiterpartei von 1888 im Zusammenhang mit der Revision der Kantonsverfassung, das seinerseits viele Postulate des ersten Aktionsprogramms des Arbeiterbunds von 1886 enthielt. Gefordert wurde ein weitgehender *Ausbau der demokratischen Rechte und des Wohlfahrtsstaates*; sozialistische Postulate im engeren, etwa im marxistischen Sinn traten nur ganz vereinzelt auf.

Bezüglich der Wahlvorbereitungen galt weiterhin das erprobte demokratische System. «Von der Geheimnistuerei und dem undemokratischen Wesen der alten Parteien will die Arbeiterpartei nichts wissen», stellte der Berichterstatter über eine Wahlversammlung vom 23. März 1890 im «Arbeiterfreund» fest. Die ersten Vorschläge gingen von den Basisorganisationen der Partei aus, den Sektionen, Quartiervereinen und politischen Vereinen. Sie wurden in öffentlichen, auch von Sympathisanten besuchten Versammlungen aufgestellt. Dabei galt die Regel, dass kein Parteigenosse portiert werden durfte, der nicht ausdrücklich die Annahme der Kandidatur erklärt hatte. Das jeweils frühzeitig ernannte Zentralwahlkomitee, meist unter dem Vorsitz Wulschlegers, bereinigte die Listen, entweder allein oder unter Beiziehung von Vertrauensmännern der einzelnen Quartiere, und legte sie einer öffentlichen Partei-Wahlversammlung vor. Dort fielen jeweils die Entscheide, wobei sich das Wahlkomitee in umstrittenen Fällen dank der grösseren politischen Erfahrung fast immer gegen abweichende Ansichten durchzusetzen vermochte.<sup>19)</sup> Bezüglich eines eventuellen zweiten Wahlgangs wurde dem Zentralwahlkomitee meist freie Hand gelassen, da die Zeit für eine weitere Parteiversammlung zu kurz bemessen war; gelegentlich wurden aber schon vorher darüber Grundsatzbeschlüsse gefasst.

Kein Zweifel: Die Sozialdemokratie war seit 1886 und erst recht seit der Parteigründung von 1890 im Aufstieg begriffen. Wenn sich ihre wachsende Macht bei Grossratswahlen nur sehr langsam und keineswegs im Verhältnis zur Bedeutung der Arbeiterbevölkerung in der Stadt zu manifestieren vermochte, so lag dies nicht nur am Majorzsystem, das die Minderheitsparteien zum vornherein stark benachteiligte; entscheidend fiel ins Gewicht, dass die *freisinnige Herrschaft* in Basel *jüngern Datums*

war als in den meisten andern sogenannten fortschrittlichen Kantonen. *Der Abnützungsprozess*, dem jedes lange dauernde Régime ausgesetzt ist, war deshalb hier noch verhältnismässig *wenig fortgeschritten*. Manche freisinnigen Wähler, die grundsätzlich dem Erstarken der Arbeiterschaft mit Sympathie gegenüberstanden, befürchteten zudem, die politische Verselbständigung der SP könnte die freisinnige Mehrheit im Grossen Rat und in der Regierung erschüttern und zur Wiederkehr eines konservativen Regiments führen. Sie sahen in der Sozialdemokratie deshalb weniger den zukünftigen Erben des Freisinns als den Helfershelfer des politischen Gegners von gestern.

Als wesentliches Handicap erwies sich weiterhin, trotz allen Fortschritten des Parteiorgans, der starke *Einfluss* der nichtsozialistischen, vor allem *der freisinnigen Presse* in breiten Schichten der Arbeiterschaft. Dazu kam in den frühen neunziger Jahren die weiterdauernde wirtschaftliche Depression, die die Arbeiterschaft auch politisch abstumpfte. Die grösste Schwäche der Sozialdemokratie blieb aber die *Namenlosigkeit* der Mehrheit *ihrer Kandidaten*, zumal in einem Kanton, wo der Name immer noch mindestens so viel galt wie die Parteizugehörigkeit. Bis zur Jahrhundertwende war Eugen Wullschleger der einzige in breiteren Volkskreisen bekannte sozialdemokratische Politiker; allgemeine Popularität besaßen daneben höchstens noch Wilhelm Arnold und Rudolf Schweizer. Deshalb lagen die Chancen der SP eher in den National- und Regierungsratswahlen, bei welchen sie allein ihren bekanntesten Mann ins Feuer schicken konnte, als in den Wahlen für das kantonale Parlament.

War die politische Situation Basels in den letzten Jahrzehnten durch das Zweiparteiensystem charakterisiert gewesen, so trat im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts eine deutliche *Tendenz zu parteimässiger Zersplitterung* zutage. Wie sich die SP vom Freisinn zu lösen begann, so versuchten die Katholiken, damals meist noch als Ultramontane diskriminiert, sich aus dem konservativen Schlepptau zu entfernen. Wenn man von den wechselnden Formen des «Juste milieu» zwischen Freisinn und Konservativen absieht, so bereitete sich bereits in den neunziger Jahren das Vierparteien-System der Zeit nach der Jahrhundertwende vor, das der Basler Politik das Gepräge gab, bis in der unmittelbaren Vorkriegszeit die Bürgerpartei als fünfte Kraft in Erscheinung trat. Wullschleger nahm – weitgehend zu Recht – das «Verdienst», den Zersetzungsprozess der beiden traditionellen Parteien beschleunigt zu haben, für die Sozialdemokratie in Anspruch. Sie verstand es, aus der neuen Lage Nutzen zu ziehen, kamen doch je nach den Verhältnissen alle andern Parteien als *kurzfristige Koalitionspartner* in Frage. So gelang es der SP, bis 1900 das Höchstmass an Mandaten im Grossen Rat zu erwerben, das im Rahmen des Majoritätssystems erreichbar war.

Ende der achtziger Jahre besass die Arbeiterpartei Basel erst drei Vertreter im kantonalen Parlament: Eugen Wullschleger (seit 1886), Wilhelm Arnold (1887) und Adam Müller-Ott (1889).

1890 waren *Gesamterneuerungswahlen* fällig. Eine Delegiertenversammlung der Arbeiterpartei vom 23. März beschloss – ohne Illusionen über den Ausgang – selbständiges Eintreten in den Wahlkampf.<sup>20)</sup> Mitte April veröffentlichte sie im «Arbeiterfreund» ein ausführliches Wahlprogramm, unter dessen demokratischen Forderungen sich u.a. jene nach dem Proporz und nach dem Volksrecht der Abberufung des Grossen Rats und des Regierungsrats befanden.<sup>21)</sup> Die andern Parteien hielten ihre Munition bis zum letzten Augenblick zurück, wie es in Basel Tradition war. Anderthalb Wochen vor den Wahlen konnte der Redaktor des «Arbeiterfreunds» noch feststellen: «Über allen Gipfeln ist Ruh...».

Die Arbeiterpartei, die zum letztenmal unter diesem Namen in den Wahlkampf eintrat, legte eine vollständige, *gemischte Liste* vor, die weitgehend mit jener des Freisinns identisch war. Vorangestellt waren die Vertrauensleute der Arbeiterpartei, rund ein Dutzend Sozialdemokraten und annähernd gleich viele Demokraten vom äussersten linken Flügel des Freisinns; dann folgten Katholiken, Freisinnige verschiedener Nuancen, Konservative und Mittelparteiler. Im Gegensatz zum Freisinn standen auch Katholiken auf der Arbeiterliste. Selbst eine Minderheit, wollte die Arbeiterpartei nicht zur Unterdrückung einer andern Minoritätspartei beitragen. «Dabei ist sich jedoch niemand mehr als wir des grundsätzlich unversöhnlichen Gegensatzes zwischen Sozialdemokratie und Ultramontanismus bewusst, eines Gegensatzes, der früher oder später zwischen den beiden Strömungen zu einem Kampfe führen wird, wie erbitterter die Weltgeschichte wohl wenige andere zu verzeichnen haben wird», führte der politische Leitartikler am 26. April im «Arbeiterfreund» aus. Vorläufig ständen die Katholiken aber der Sozialdemokratie in Basel noch näher als die Konservativen und Mittelparteiler, welche hier noch mehr als der Rechtsfreisinn die kapitalistische Klasse verkörperten.

Bei einer Wahlbeteiligung von 63,8% kamen im ersten Wahlgang 108 Wahlen zustande. Die drei bisherigen Sozialdemokraten wurden wiedergewählt. Vor dem zweiten Wahlgang schloss die Arbeiterpartei mit dem Freisinn einen Kompromiss ab, musste dabei allerdings – entgegen ihrer ursprünglichen Absicht – die Katholiken opfern, da deren Führer, vor allem Feigenwinter, auf gewisse Freisinnige wie ein rotes Tuch wirkten. Mit freisinniger und katholischer Unterstützung wurde Wilhelm Bärwart im Riehenquartier gewählt, womit ein erster Einbruch in das als vornehmlich konservativ geltende Quartier gelungen war; als dritter Sozialdemokrat des Äusseren Bläsiquartiers zog der Posamenter Gottlieb Kessler in den Grossen Rat ein, der genau das absolute Mehr erreicht hatte. Damit war die *Fabrikarbeitschaft erstmals seit dem Internationalen Frey wieder im kantonalen Parlament vertreten*.<sup>22)</sup>

Mit *fünf Mandaten* war die Arbeiterpartei annähernd im Rahmen ihrer Wählerzahl im Grossen Rat repräsentiert.<sup>23)</sup> 21 Linksfreisinnige wurden vom «Arbeiterfreund» als Interessenwalter der Arbeiterschaft gelten gelassen, unter ihnen zahlreiche Mitglieder der eine Bodenbesitzreform anstrebenden Gesellschaft «Frei Land». Zehn Grossräte – die drei Sozialdemokraten Arnold, Bärwart und Wullschleger und

sieben Linksfreisinnige – gehörten dem Grütliverein an.<sup>24)</sup> Mehrere mit Unterstützung der Arbeiterschaft gewählte Linksfreisinnige fanden in den nächsten Jahren den Weg zur Sozialdemokratie.

1891 verhalf sozialdemokratische Unterstützung anlässlich einer Ersatzwahl im Steinenquartier Reallehrer J.F. Schär, dem Präsidenten der schweizerischen Gesellschaft «Frei Land», zum Einzug in den Grossen Rat.<sup>25)</sup>

Im April 1892 fanden nicht weniger als sieben Grossratsersatzwahlen statt. Sehr spät – für eine erfolgreiche Kampagne zu spät – entschloss sich die SP, mit einer eigenen Liste in den Kampf zu ziehen, ging aber leer aus. «In Kleinbasel zeigten wir, dass wir bereits eine Macht, und in Grossbasel, dass wir eine respektable Minderheit sind», kommentierte der «Arbeiterfreund» den halb erwarteten Misserfolg verharmlosend.<sup>26)</sup> Für die *Gesamterneuerungswahlen* des folgenden Jahres stellte diese kleine Wahl eine Art von Heerschau dar.

Diese wurden schon früh in Angriff genommen: Bereits im Januar 1893 beschloss eine Parteiversammlung die selbständige Teilnahme an der Wahl.<sup>27)</sup> Während des Wahlkampfs sollte der «Arbeiterfreund» zweimal wöchentlich erscheinen, nicht zuletzt, um Angriffe noch frühzeitig parieren zu können.<sup>28)</sup> Das am 12. April veröffentlichte Wahlprogramm legte diesmal das Hauptgewicht auf sozialpolitische Forderungen. In der entscheidenden Parteiversammlung setzte sich die parteioffizielle Auffassung durch, erneut vollständige, gemischte Listen aufzustellen, gegen den Minderheitsantrag, es diesmal mit gebrochenen, vornehmlich die Parteigenossen berücksichtigenden Listen zu versuchen. Die radikaleren Elemente in der Partei erreichten immerhin, dass die Kandidaten der SP mit Fettdruck hervorgehoben werden sollten. Es entsprach ganz der demokratischen Tradition jenes frühen Sozialismus, dass die Namen alphabetisch aufgeführt wurden.<sup>29)</sup>

Die sozialdemokratische Liste wies 40 eigene und 52 freisinnige Kandidaturen auf; die weiteren 38 verteilten sich auf die übrigen Parteien, wobei der Tüchtigkeit vor der Sympathie der Vorzug gegeben wurde. Die Konservativen gestanden der Sozialdemokratie ihre fünf bisherigen Sitze zu, die andern Parteien erwiesen sich der Vertretung der äussersten Linken gegenüber etwas grosszügiger. Erstaunlich war, dass sich eine so grosse Zahl von Parteigenossen trotz Drohungen von Arbeitgebern bereit gefunden hatte, eine Kandidatur anzunehmen. Mit Bärwart musste allerdings ein Bisheriger auf eine weitere Kandidatur verzichten, da der Verwaltungsrat der «Bâloise», bei welcher er schon seit Jahren beschäftigt war, grundsätzlich beschlossen hatte, dass keiner seiner Angestellten dem Grossen Rat angehören dürfe.<sup>30)</sup>

Eine *Analyse der sozialdemokratischen Kandidaturen* nach den Berufsarten ergibt ein starkes Vorwiegen der Berufsarbeiterschaft (46%) gegenüber den Fabrikarbeitern (21%). Die Handwerksmeister und selbständigen Kaufleute sind mit je 8% vertreten. Die Staatsarbeiter und -angestellten und die entsprechenden in der Genossenschaftsbewegung tätigen Berufskategorien, aus denen sich später eine beträchtliche Zahl von sozialdemokratischen Grossräten rekrutieren wird, sind auf der Liste



von 1893 erst je einmal aufgeführt, desgleichen die Privatangestellten und Lehrer. Akademiker im engeren Sinn fehlen noch völlig.

Bei einer Stimmbeteiligung von 61,2% wurden im ersten Wahlgang drei Sozialdemokraten gewählt: die Bisherigen Wullschleger (Bläsi) und Arnold (Horbürg) und der ehemalige Posamenter und derzeitige Parteiwirt Siegrist (Bläsi). Der Vierte, der sich zur Wiederwahl stellte, Lehrer Adam Müller-Ott, unterlag im Horbürgquartier, wo gegen ihn intrigiert worden war, ganz knapp. Alle drei Gewählten hatten fremde Hilfe erhalten, doch gab Wullschleger seiner Überzeugung Ausdruck, die sozialdemokratische Wahlhilfe an Kandidaten anderer Parteien sei bedeutend kräftiger gewesen: 10–15 Freisinnige, 4–5 Konservative und ein Ultramontaner seien nur durch sie zu einem Mandat gelangt.<sup>31)</sup>

Für den zweiten Wahlgang stellte die Sozialdemokratie nur noch in den drei aussichtsreichsten Quartieren Kandidaten auf; zugleich schloss sie mit den Freisinnigen einen Wahlkompromiss. Der Erfolg blieb nicht aus: *Krebs* und *Gustav Fautin* sen. zogen neu in den Grossen Rat ein, und Lehrer Müller wurde trotz einer von der «Nationalzeitung» geführten Polemik wiedergewählt. Krebs wurde der *erste Grossbasler Vertreter* der Sozialdemokratie im Grossen Rat.

Noch waren aber im kantonalen Parlament die neuen Parteien der Sozialdemokraten mit *sechs* und der Katholiken mit vier *Mandaten verschwindende Minoritäten* gegenüber der freisinnigen Mehrheit (72 Mandate), wesentlich schwächer auch als das Zentrum, das – wie 1890 – 11 Sitze erlangte.<sup>32)</sup>

Wie gefährlich die Annahme einer sozialdemokratischen Grossratskandidatur immer noch war, erwiesen die *Ersatzwahlen des Jahres 1894*. Obschon er durch das Schicksal seines Berufskollegen Gottlieb Kessler gewarnt war, der nach der 1890 erfolgten Wahl zum Grossrat von seinem Arbeitgeber entlassen wurde, und obschon er vom Chef der Seidenbandweberei Vischer mit derselben Massnahme bedroht wurde, wenn er gewählt würde, nahm der Posamenter Emil *Jauslin* eine Kandidatur im Horbürgquartier an. Als siebenter Sozialdemokrat in den Grossen Rat *gewählt*, wurde ihm sogleich *gekündigt*.<sup>33)</sup>

Bei den *Ersatzwahlen* des Jahres 1895 beschränkte sich die Sozialdemokratie auf ihre Hochbürg, das Horbürgquartier, wo drei Sitze neu zu besetzen waren. Aus dem Schicksal Kesslers und Jauslins wurden die Konsequenzen gezogen: Man stellte keine Lohnarbeiter mehr auf.<sup>34)</sup> Neu war, dass sich die Kandidaten (der Sekundarlehrer Gustav Fautin Sohn, der Kaufmann Levy und Kunstmaler Schweizer) mit Kurzreferaten einer Wählerversammlung vorstellten. Alle drei waren vom Linksfreisinn zur Sozialdemokratie übergetreten: Levy schon in den achtziger Jahren, Schweizer 1892, Fautin erst zu Beginn des Jahres. Nach einem heftigen Wahlkampf wurde schliesslich *Rudolf Schweizer* als Nachfolger des verstorbenen Gustav Fautin (Vater) in den Grossen Rat gewählt.<sup>35)</sup>

Besonders intensiv waren die Wahlvorbereitungen für die *Gesamterneuerungswahlen* des Jahres 1896. Erstmals wurde sämtlichen Stimmberechtigten der Stadt und



# Wahlvorschläge der Socialdemokratischen Partei

## Regierungsratswahlen (7): Dr. Reese.

### Großratswahlen.

#### Münsterquartier (12)

1. W. Arnold-Zurbrugg
2. G. Krebs, Buchdrucker
3. Cölestin Stadelmann

#### Petersquartier (11)

1. Albert Fisch, Schreiner
2. J. Kläusler-Zang
3. G. Krebs, Buchdrucker (bisher)
4. A. Müller-Ott

#### St. Johannquartier (11)

1. G. Fautin, Sekundarlehrer
2. J. Kläusler-Zang
3. Eugen Wullschleger, Redaktor

#### Spalenquartier (13)

1. W. Arnold, Buchdrucker
2. August Keller, Gärtnermeister
3. Rudolf Ruegg-Hochuli
4. Rudolf Schweizer, Kunstmaler
5. G. Sokin, Restaurateur

#### Steinenquartier (13)

1. Dr. Hugo Förster
2. G. Krebs, Buchhändler
3. W. Klingele-Keller
4. Eugen Wullschleger, Redaktor

#### Neschenquartier (11)

1. J. Baumgartner, Eisenbahnangestellter.
2. A. Müller-Ott
3. Cölestin Stadelmann
4. Eugen Wullschleger, Redaktor

#### St. Albanquartier (11)

1. W. Klingele-Keller
2. Rudolf Schweizer, Kunstmaler

#### Riechenquartier (13)

1. H. Gaf, Buchdrucker
2. A. Müller-Ott
3. Rudolf Schweizer, Kunstmaler

#### Bläsiquartier (14)

1. Jos. Meier, Schlosser
2. W. Klingele-Keller
3. Cölestin Stadelmann (bisher)
4. Eug. Wullschleger, Redaktor (bisher)

#### Horburgquartier (14)

1. Fritz Nebi, Präsident des Vereins chemischer Arbeiter
2. Chr. Albicker, Restaurateur
3. Cölestin Stadelmann
4. G. Fautin
5. Dr. Hugo Förster
6. A. Müller-Ott (bisher)
7. Rud. Schweizer, Kunstmaler (bish.)
8. Cölestin Stadelmann
9. Reallehrer J. Fr. Schär\*)

\*) Hr. Schär (linksfreisinnig) wird, obgleich nicht Socialdemokrat, im Hinblick auf die Kantonalbank- und andere volkswirtschaftliche Fragen vorgeschlagen.

#### Gemeinde Kleinhüningen (2)

G. Fautin

Die in Klammern angegebenen Zahlen bedeuten die Anzahl der zu Wählenden.

Jeder Stimmzettel ist **gültig**, auch wenn er nur einen Namen enthält.

Die Wahlurnen sind Samstag den 25. April abends 6 bis schlags 8 Uhr und Sonntag den 26. April von vormittags 10 bis nachmittags schlags 2 Uhr geöffnet. Rechtzeitiges Erscheinen der Wähler im Wahllokal ist unbedingt notwendig.

Man schreibe die Namen der Vorgesetzten genau wie oben angegeben.

Die Zutrittskarte ist für den sehr wahrscheinlich eintretenden zweiten Wahlgang sorgfältig aufzubewahren.

(947)

Kleinhüningens per Post eine offene Enveloppe zugestellt, die den Wahlaufdruck, das Wahlprogramm und die Wahlvorschläge der SP enthielt. Zum erstenmal vermochte sich auch die Forderung des Parteivolks nach einer *gebrochenen Liste* durchzusetzen: Der Selbstständigkeitsdrang war nicht mehr aufzuhalten. Da sich nach den üblen Erfahrungen der letzten Jahre nur noch 19 Genossen zur Annahme einer Kandidatur entschliessen konnten, wurden die bekanntesten von ihnen in mehreren Quartieren, z.T. als ausgesprochene Zählkandidaten, aufgestellt; im Ganzen wies die rein sozialdemokratische Liste 41 Namen auf. Die andern Parteien legten wie üblich vollständige, gemischte Listen vor. Die Katholiken gestanden den Sozialdemokraten sieben, die Freisinnigen vier, die Konservativen zwei Kandidaten zu.

Von den bisherigen sozialdemokratischen Grossräten kandidierten fünf wieder, während Siegrist und Jauslin zurücktraten. Neun Kandidaten waren Neulinge, Cölestin Stadelmann, Zeichner beim Baudepartement, hatte dem Grossen Rat bereits als Freisinniger angehört.

Bei einer mässigen Wahlbeteiligung (54,6%) vermochte die SP ihre Stimmenzahl gegenüber den letzten Gesamterneuerungswahlen fast zu verdoppeln; nach Joneli entfielen 21,7% *der Stimmen* auf sie. Dennoch wurden infolge des Alleingangs nur vier Sozialdemokraten auf Anhieb gewählt. Waren 1893 nur 28 Stichwahlen nötig gewesen, so waren es diesmal – vor allem infolge der sozialdemokratischen Taktik – nicht weniger als 47. Im *Horbürgquartier* war die Sozialdemokratie *erstmalig* zur *stärksten Partei* avanciert.

Auf Initiative der um ihre Mehrheitsstellung besorgten Freisinnigen wurde für den *zweiten Wahlgang* erneut ein Kompromiss abgeschlossen, bei dem die SP weitgehend ihre Bedingungen durchsetzen konnte. Die «*Würge-Allianz*», wie die andern Parteien das Wahlbündnis bezeichneten, tat ihre Wirkung: Sieben weitere Sozialdemokraten zogen ins kantonale Parlament ein. Bedeutsam war sowohl die Wahl des *ersten Akademikers* der Sozialdemokratie, des Advokaten *Dr. Hugo Förber*, wie jene des *ersten Chemiarbeiters*, Fritz Aebi, der mit 27 Jahren das jüngste Mitglied des Grossen Rates war.<sup>36)</sup>

So erfolgreich die Wahlen für die nun *11 Grossratsmandate* besitzende SP verlauten waren (Freisinn 69, Konservative 42, Zentrum 5, Katholiken 3), so wenig Anklang fand die Allianz mit dem Freisinn in weiten Kreisen des Parteivolks. Im Rückblick auf das Jahr 1896 musste deshalb Redaktor Wullschleger betonen, solange die konservativ-ultramontane Allianz bestehe, sei ein Zusammengehen mit dem Freisinn unerlässlich, doch sei sich auch die Parteiführung der Nachteile dieser Kompromisspolitik bewusst. Den einzigen Ausweg aus der Sackgasse bilde die Einführung des *Proporz*, auf welchen es deshalb mit aller Energie hinarbeiten gelte.<sup>37)</sup> Ähnliche Töne schlug auch Parteipräsident Rudolf Schweizer in seinem Jahresbericht an.<sup>38)</sup>

Bei den 1899 stattfindenden letzten *Gesamterneuerungswahlen* des Jahrhunderts wurde ein von einer Vertrauensmännerversammlung vom 21. März gefasster Beschluss, allein und mit gebrochenen Listen in den Kampf einzutreten, von einer zwei-

ten Versammlung am 8. April umgestossen: Es sollten wieder – wie vor 1896 – vollständige Listen aufgestellt werden, und Wahlkoalitionen wurden ins Belieben der Quartierwählerversammlungen gestellt, bedurften allerdings der Genehmigung des Wahlkomitees. Ein Wahlaufwurf enthielt zügige Nahziele der Partei, z.B. ein Wohnungsgesetz zum Schutze der Mieter und die Arbeitslosenversicherung, ein ausführliches Wahlprogramm führte alte und neue Forderungen auf den Gebieten der allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik, des Erziehungswesens, des Wohnungswesens und der Gesundheitspflege, des öffentlichen Rechtswesens, des Finanz- und Steuerwesens und der Formalpolitik auf; wichtigstes politisches Postulat war erneut die Einführung des Proporz.

Für den ersten wie für den zweiten Wahlgang wurde im Horburgquartier ein vollständiger, im Riehen- und im Bläsiquartier ein teilweiser Kompromiss mit dem Freisinn abgeschlossen. Dagegen kamen in den Quartieren Grossbasels keine Vereinbarungen zustande. In den Landgemeinden verzichtete die SP auf eine Wahlbeteiligung.

Aufschlussreich ist ein *Vergleich der beruflichen Herkunft* der sozialdemokratischen Kandidaten von 1899 mit jenen von 1893. Die Berufsarbeiter waren von 46% auf 19%, die Fabrikarbeiter von 21% auf knapp 8% zurückgegangen. Hatten diese beiden wichtigsten Kategorien der Lohnarbeiter vor sechs Jahren noch zwei Drittel der Kandidaten gestellt, so sank ihre Zahl diesmal weit unter ein Drittel. Im Zeichen des sich vorbereitenden Klassenkampfes war für einen unselbständig Erwerbenden eine *Kandidatur* auf einer sozialdemokratischen Liste zu einer *Existenzfrage* geworden. In deutlichem Aufstieg befand sich die Kategorie der mittelbar oder unmittelbar *von der Partei Lebenden*, eingeschlossen die Parteiwirte: Mit 19% stand sie neben den Berufsarbeitern an erster Stelle. Von den *Selbständigerwerbenden* stellten die Handwerksmeister rund 15%, die Kaufleute rund 11% der Kandidaten; 1893 waren die beiden Gruppen je mit 8% beteiligt gewesen. 11% stellten ebenso die *Staatsangestellten und -arbeiter*, während die hauptamtlichen Genossenschaftsarbeiter und -angestellten diesmal überhaupt nicht vertreten waren. Die Berufskategorien der Privatangestellten, Lehrer (Adam Müller-Ott) und Akademiker (Advokat Dr. Albert Brunner) waren nur je durch einen Angehörigen auf der Liste repräsentiert.

Bei weiterhin sinkender Wahlbeteiligung (51%) brachte der erste Wahlgang der Sozialdemokratie sieben Sitze ein. Gewählt wurden lauter Bisherige. Joneli berechnete die Parteistärke in der Stadt auf 22,2% der gültigen Stimmen. Im 2. Wahlgang wurden fünf weitere Mandate gewonnen, und zwar alle in Kleinbasel.

Die Sozialdemokratie war also *Ende des Jahrhunderts* mit 12 Mann im kantonalen Parlament vertreten, in dem der Freisinn mit 68 Mandaten nur noch eine knappe Mehrheit besass. Die von der Rechten vielgeschmähte Würgeallianz mit dem Freisinn hatte ihr erlaubt, ihre Mandatzahl seit 1893 zu verdoppeln, während die Katholiken im gleichen Zeitraum von vier auf drei Vertreter zurückgefallen waren und im Grossen Rat kaum als Machtfaktor auftreten konnten. Im «Vorwärts» aber rechnete man

sich aus, dass die Sozialdemokratie bei Einführung des Proportional-Wahlsystems über rund 30 Mandate verfügen und dass der Freisinn seine Mehrheitsstellung verlieren würde.<sup>39)</sup>

#### *b) Bildung einer sozialdemokratischen Grossratsfraktion*

Unmittelbar nach den Gesamterneuerungswahlen von 1890 schlossen sich die fünf sozialdemokratischen Grossräte und eine Anzahl als Arbeiterfreunde bekannte links-freisinnige Vertreter zu einer *Gruppe «demokratischer» Grossräte* zusammen. Dabei wurde vereinbart, dass die kleine Fraktion mit dem «Verein liberaler Grossräte» Hand in Hand arbeiten solle. Die Sozialdemokraten erhielten die Freiheit zugesichert, jederzeit eine von der Mehrheit der Gruppe abweichende Stellung einzunehmen, wenn ihre Überzeugung es erforderte.

Diese Vereinbarung musste notwendigerweise zu Konflikten in der sich bald lichten- den Gruppe führen, umsomehr als es die Grossratsfraktion des Freisinns nicht an Druckversuchen gegenüber den beiden Gruppen angehörenden Linksfreisinnigen fehlen liess. Schliesslich traten die sozialdemokratischen Grossräte aus der nicht mehr lebensfähigen Vereinigung aus und gründeten, wahrscheinlich im Herbst 1891, eine *eigene Fraktion*, die «*Gruppe sozialdemokratischer Grossräte*». Diese Scheidung, die sich – nicht zuletzt infolge der verständnisvollen Haltung des Präsidenten der sich auflösenden Gruppe, Dr. Albert Hubers – durchaus friedlich vollzog, entsprach der einfachen Logik der Tatsachen. Seitdem sich die fortgeschrittensten Elemente der Arbeiterschaft in einer eigenen, sozialdemokratischen Partei zusammengefunden hatten, war es folgerichtig, dass auch deren Grossräte nach aussen hin ihre Selbständigkeit bekundeten. Zum Vorsitzenden wurde Wullschleger gewählt. Von Fall zu Fall wurde auch weiterhin der Kontakt mit dem Linksfreisinn, vor allem mit dessen den Grütlivereinen angehörenden Mitgliedern gesucht.<sup>40)</sup> Bei Parteiversammlungen legte ein Sprecher der Fraktion jeweils von deren Tätigkeit Rechenschaft ab.<sup>41)</sup>

Nach den Erneuerungswahlen von 1893 folgte Wullschleger Arnold im Amt des Präsidenten.<sup>42)</sup> Noch herrschte kein allgemeiner Stimmzwang, doch galt als Regel, dass bei wichtigen Abstimmungen *Fraktionsdisziplin* zu halten war. Als der Parteiwirt Siegrist aus privaten Gründen unhaltbar wurde, musste er auf Druck der Fraktion hin von seinem Mandat zurücktreten.<sup>43)</sup>

1896 wurde dem eben erst zur Partei übergetretenen ehemals freisinnigen Grossrat Stadelmann das Präsidium der auf elf Mitglieder angewachsenen Fraktion anvertraut.<sup>44)</sup> Aber bereits im Oktober 1897 übernahm Arnold erneut den Vorsitz.<sup>45)</sup>

Vergeblich versuchte die nach ihrer eigenen Meinung zu einer *quantité non négligeable* gewordene Gruppe, eines ihrer Mitglieder ins Grossratsbüro zu bringen; die entsprechenden Vorstösse scheiterten an der Haltung des Rechtsfreisinns.<sup>46)</sup> Immer häufiger wurde die Fraktion zu Parteikomitee-Sitzungen beigezogen, wobei teilweise Personalunion herrschte, immer ausgeprägter wurde ihr *Einfluss auf die Parteifüh-*



runge.<sup>47)</sup> Im selben Ausmass, wie sich die Fraktion vergrösserte und ihren kollektiven Einfluss auf die Partei verstärkte, ging die unbedingte Autorität Wullschlegers zurück, doch fügte er sich loyal, wenn er überstimmt worden war.<sup>48)</sup>

1899 wurde Arnold als Vorsitzender der Fraktion durch Tobias Levy abgelöst.<sup>49)</sup> Den in bürgerlichen Blättern immer häufiger auftretenden Behauptungen, die Arbeiterbewegung werde von Ausländern beherrscht, konnte die SP mit dem Hinweis darauf begegnen, dass im Gegensatz zum Freisinn fast alle ihre Grossräte Altschweizer seien.

Innerhalb der Fraktion hatte sich im Lauf der Jahre so etwas wie eine freiwillige *Arbeitsteilung* entwickelt. Während Wullschleger die wichtigsten politischen und sozialpolitischen Vorstösse vorbehalten blieben, betätigte sich Arnold als Spezialist für Wohnungsfragen, Müller-Ott als Fachmann in juristischen und nationalökonomischen Problemen sowie als Interessewalter der Staatsangestellten und -arbeiter. Krebs und Stadelmann vertraten vornehmlich Konsumenteninteressen.

Obschon die immer noch verhältnismässig kleine Fraktion sich nicht nur durch eine *musterhafte Sitzungspräsenz*, sondern auch durch aufbauende Mitarbeit auszeichnete, wurde sie im Grossen Rat bei der Besetzung wichtiger Posten immer noch weitgehend übergangen. Diese *Beiseiteschiebung*, der schlechte Sitzungsbesuch vieler bürgerlicher Abgeordneter und die bremsende Wirkung der Grossratsmehrheit gegenüber den sozialpolitischen Vorstössen der sozialdemokratischen Vertreter liess den Fraktionsvorsitzenden, Wilhelm Arnold, eine Zeitlang sogar mit dem Gedanken eines Rückzugs der SP aus dem Grossen Rat spielen, worauf die entscheidenden Fragen dann mit Hilfe von Initiative und Referendum hätten gelöst werden müssen.<sup>50)</sup> Ein solcher Übergang in die totale Opposition hätte wohl bei den radikalen Elementen der ausländischen Arbeiterschaft Anklang gefunden, widersprach aber der loyalen Haltung der grossen Mehrheit des schweizerischen Parteivolks und der Parteiführung. Auch der von den Ausländern einer zu wenig grundsätzlichen Haltung gezielene Grütlianer Arnold meinte es mit seinem der Verärgerung entsprungenen Gedanken wohl nicht ganz ernst. Die Alternative ist auch in Zeiten des schärfsten Klassenkampfes nach der Jahrhundertwende niemals erwogen worden.

### c) Regierungsratswahlen

Seit der im Februar 1890 gutgeheissenen Verfassungsrevision war die Regierung vom Volk zu wählen. Die *erste Volkswahl* fand zusammen mit den Gesamterneuerungswahlen des Grossen Rats im Frühling 1890 statt.

Für die noch schwache Arbeiterpartei kam die Nomination eines eigenen Kandidaten nicht in Frage; andererseits war sie nicht bereit, den bisherigen Regierungsräten Bischoff und Burckhardt-Iselin zu einer Wiederwahl zu verhelfen, warf sie ihnen doch mangelnde Initiative vor. An ihrer Stelle nahm sie auf ihre mit Ausnahme Speisers lauter Freisinnige aufweisende Liste die beiden Linksfreisinnigen Dr. Albert Hu-

ber und Pfarrer Emanuel Linder auf. Im Wahlkampf verwendete sie sich vor allem für den arbeiterfreundlichen, von den Konservativen bekämpften Regierungsrat Philippi. Dieser wurde denn auch dank der Unterstützung durch die Arbeiterpartei gewählt, während Bischoff und Burckhardt die beiden Sprengkandidaten der Linken deutlich hinter sich liessen.<sup>51)</sup>

1893 portierte die SP neben vier Bisherigen (drei Freisinnigen und dem Liberal-Konservativen Paul Speiser) wieder Dr. Huber und neu Reallehrer J.F. Schär; sie sollten die beiden bisherigen in der Arbeiterschaft wenig beliebten Amtsinhaber Zutt (freisinnig) und Bischoff (konservativ) ersetzen. Für den siebenten Sitz war mit dem erst dreissigjährigen *Wullschleger* der einzige Sozialdemokrat vorgesehen, der das Format für das hohe Amt besass. Dieser *lehnte eine Kandidatur* jedoch kategorisch ab. Er hielt eine Beteiligung der SP an der Regierungsverantwortung für verfrüht; eine solche komme erst in Betracht, wenn die Partei annehmen dürfe, bald die Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinigen. Die Rechnung der Heisssporne in der Partei ging nicht auf: Huber und Schär verzeichneten bestenfalls einen Achtungserfolg, dafür wurden neben vier Freisinnigen drei Konservative gewählt. Wullschleger, der von Anfang an für Wahlenthaltung eingetreten war, hatte wieder einmal Recht behalten.<sup>52)</sup>

Einen ersten Erfolg errang die SP 1894 bei der *Ersatzwahl* für den zurückgetretenen Freisinnigen Falkner. Eine Parteiversammlung schlug vor, dem freisinnigen und dem konservativen Kandidaten im linksfreisinnigen, als arbeiterfreundlich bekannten Kantonsbaumeister *Reese* einen eigenen Kandidaten entgegenzustellen, nachdem Wullschleger eine ihm erneut angetragene Kandidatur mit den bekannten Argumenten auch diesmal abgelehnt hatte. Reese wurde im zweiten Wahlgang gewählt. Wullschleger kommentierte im «Vorwärts» vorsichtig: «Ein Sieg des Basler Volkes», also nicht der Partei. Dennoch habe diese am meisten zu dem überraschenden Ergebnis beigetragen, wenn auch die Linksfreisinnigen geschlossen und die Katholiken mehrheitlich für den parteimässig nicht abgestempelten Neuling gestimmt hätten; so dürfe jedenfalls von einem *moralischen Erfolg der SP* gesprochen werden.<sup>53)</sup>

Bei den Wahlen von 1896 verzichtete die SP auf eine eigene Liste, empfahl aber den Wählern, den von gewissen Rechtskreisen bekämpften Reese erneut zu unterstützen; Wullschleger hatte einmal mehr eine eigene Kandidatur abgelehnt. Reese wurde denn auch mit der höchsten Stimmenzahl wiedergewählt.<sup>54)</sup>

Infolge der Wahl Dr. Ernst Brenners in den Bundesrat war im April 1897 eine *Regierungsratsersatzwahl* vorzunehmen. Erneut drangen die Parteigenossen in Wullschleger, sich als Kandidat zur Verfügung zu stellen, ja Arnold versuchte, ihn mit einer Nomination im «Vorwärts» vor ein *fait accompli* zu stellen. Nach langem Widerstreben nahm der im Jahr zuvor in den Nationalrat Gewählte an, aber erst, nachdem er die Sicherheit gewonnen hatte, keine Aussichten zu besitzen. Da der freisinnige Kandidat Dr. David von den Katholiken unterstützt wurde und die Konservativen auf eine eigene Nomination verzichteten, stand die SP mit ihrem Kandidaten allein. Das



war genau die Lage, die Wullschleger vorausgesehen hatte: hier die Sozialdemokratie, dort alle übrigen Parteien. Die Wahl musste also erweisen, auf was für einen Anhang die Partei bei selbständigem Vorgehen in kantonalen Wahlen rechnen konnte.

Das Ergebnis fiel ermutigend aus: David wurde zwar mit grossem Vorsprung gewählt, *Wullschleger* aber erhielt über 2700 Stimmen, rund 39% der gültigen *Stimmzettel*. Da die Wahlbeteiligung infolge der Enthaltung der meisten Konservativen jedoch nicht einmal 50% erreichte, wäre der Parteiführer der letzte gewesen, die hohe Prozentzahl mit der Stärke seiner Partei zu identifizieren.<sup>55)</sup>

1899 verzichtete die SP auf eine Beteiligung an den Regierungsratswahlen.<sup>56)</sup> Noch war jener Zustand in weiter Ferne, den ihr bester Mann als Voraussetzung für eine Beteiligung an der Regierung bezeichnet hatte: die nahe Aussicht auf die absolute Mehrheit im kantonalen Parlament.

#### d) Bürgerrats- und Richterwahlen

Für die SP bildete der *Bürgerrat*, wo auch nach dem Sturz des Ratsherrenregiments die Konservativen eindeutig dominierten, eine *quantité négligeable*. Da ihre Wähler in der grossen Mehrheit nicht Stadtbürger waren, rechnete sie sich wenig Aussichten aus; zudem galt es, die spärlichen finanziellen Mittel nicht zu verzetteln. So wurde bei Erneuerungswahlen jeweils *Stimmenthaltung* geübt.

Obschon auch 1891 diese Parole ausgegeben wurde, stellten im äusseren Bläsiquartier in letzter Stunde einige Parteigenossen den Parteikassier *Gustav Fautin* (Vater) auf. Zur allgemeinen Überraschung wurde er gewählt und hielt als *erster Sozialdemokrat im Stadthaus* Einzug.<sup>57)</sup> Nach seinem vorzeitigen Tod bemühte sich die Partei nicht, ihn zu ersetzen. Es sollte noch Jahre dauern, bis sich die SP einigermaßen mit der von ihr grundsätzlich angefochtenen Institution der Bürgergemeinde abfinden konnte.

1891 wurde mit der *Volkswahl der Richter* ein altes Postulat der Arbeiterschaft erfüllt. Es dauerte aber bis zum November 1895, bis das Basler Volk zum erstenmal zu diesem Zweck an die Urne gerufen wurde. Zu wählen waren die Gerichtspräsidenten und die Appellationsrichter.

Drei Fragen stellten sich der Sozialdemokratie: Sollte sie sich der Wahl enthalten, da sie über keine Juristen verfügte? Sollte sie die Kandidaten des Freisinns unterstützen? Sollte sie eigene, keiner Partei angehörige Kandidaten aufstellen? Die Antwort erfolgte schliesslich in dem Sinne, dass sie sowohl freisinnige wie konservative Kandidaten auf ihre Liste nahm, soweit sie von deren Gerechtigkeitssinn überzeugt war. Wullschleger schätzte, dass rund 1000 Sozialdemokraten zur Urne gegangen seien, wesentlich mehr, als er vermutet hatte.

Bei den kurz darauf folgenden Zivil- und Strafrichterwahlen nominierte die SP vier eigene Kandidaten. Im letzten Augenblick zogen diese aber ihre Kandidaturen –

wohl aus beruflichen Gründen – zurück, so dass das Parteikomitee resigniert die Stimme freigeben musste, was beim Parteivolk böses Blut machte.<sup>58)</sup>

*Erster sozialdemokratischer Richter* wurde ein Jahr später der Buchdrucker *Gottfried Krebs*, der dank freisinniger Unterstützung ins Zivilgericht einzog.<sup>59)</sup>

Bei den Richterwahlen des Jahres 1898 beschloss die SP Stimmfreigabe, nachdem der in Bern lebende Basler Dr. Brüstlein eine Kandidatur für das Zivilgerichtspräsidium abgelehnt hatte.<sup>60)</sup>

#### *e) Nationalratswahlen*

Die Erfolge der Arbeiterpartei bei den Grossratswahlen von 1886 und 1887 und das gestärkte Selbstbewusstsein der organisierten Arbeiterschaft seit der Gründung des zweiten Arbeiterbunds Basel liessen bei vielen den Wunsch aufkommen, die Arbeiterpartei möge erstmals selbständig in die Nationalratswahlen ziehen, die im Herbst 1887 fällig waren. Eine Kandidatur Wullschleger schien zugkräftig genug zu sein, um einen Achtungserfolg zu erzielen und einen Massstab darüber abzugeben, wie gross der Anhang sei, auf den die organisierte Arbeiterschaft zählen könne.

Dass es nicht dazu kam, lag an Wullschleger selber. Neben seinem bekannten Argument, es gelte zuerst die Organisation auszubauen, bevor man sich in grössere politische Aktionen stürze, machte er den Mangel an finanziellen Mitteln für einen erfolgreichen Wahlkampf geltend. Im übrigen hielt er sich als Fünfundzwanzigjährigen für zu jung, um eine Kandidatur für das eidgenössische Parlament anzunehmen.

So sah sich die Arbeiterpartei einmal mehr zur *Unterstützung des Freisinns* und damit zur wenig beliebten Kompromisspolitik gezwungen, wobei sie ihre Forderungen nur zum geringen Teil durchzusetzen vermochte.

Die freisinnige Liste errang einen *durchschlagenden Erfolg*: Alle drei Basler Vertreter im Nationalrat gehörten der Regierungspartei an. Hatte die Arbeiterpartei noch nicht selbständig in die Wahlen einzugreifen vermocht, so kam ihr doch jetzt die Rolle des Züngleins an der Waage zu: Ohne sie hätte sich der Freisinn nicht in diesem Ausmass durchzusetzen vermocht. Ob allerdings die von ihr unterstützten freisinnigen Kandidaten, vor allem der nur bedingt arbeiterfreundliche Brenner, alle Hoffnungen erfüllen würden, die man auf sie setzte, musste sich erst noch erweisen.<sup>61)</sup>

Vor eine unerwartete Situation wurden die Basler Parteien gestellt, als der langjährige freisinnige Nationalrat Dr. Karl Burckhardt-Iselin im Frühherbst 1889 aus gesundheitlichen Gründen sein Mandat zur Verfügung stellte. Wieder beschloss die Arbeiterpartei, selbständig an der Wahl teilzunehmen. Nach achttägiger Bedenkzeit *nahm Wullschleger diesmal die Kandidatur an*. Eine erneute Ablehnung müsste im eigenen Lager Verwirrung stiften, führte er in einer persönlichen Erklärung im «Arbeiterfreund» aus; da es sich ohnehin nur um eine Zählkandidatur handle, fielen auch persönliche Bedenken weg.

Unterdessen hatten die Freisinnigen bereits beschlossen, den Basel bei den Wahlen von 1890 infolge der Bevölkerungsvermehrung zustehenden vierten Sitz freiwillig den Konservativen zu überlassen und sich, nachdem der linksfreisinnige Oberst Frey eine ihm aus Kreisen des Grütlivereins Kleinbasel angetragene Kandidatur abgelehnt hatte, schliesslich dazu bereitgefunden, schon dieses Jahr dem konservativen Regierungsrat Paul Speiser den vakant gewordenen Sitz zuzugestehen. Gegen diesen hervorragend ausgewiesenen Staatsmann musste die Kandidatur Wullschleger zum Vorneherein aussichtslos erscheinen.

Der Abstimmungskampf wurde von der Arbeiterpartei mit beschränkten Mitteln geführt. Neben Zeitungsinseraten warben Flugblätter für den Arbeiterkandidaten. Aber auch so bedurfte es grosszügiger persönlicher Opfer von Gesinnungsgenossen, um die Ausgaben von 400 Franken zu decken. Wullschleger hatte einen schweren Stand gegen den um 16 Jahre älteren Professor und Regierungsrat aus bestem Haus. Die gegnerische Wahlpropaganda warf ihm vor, er sei zu jung, habe weder Titel noch Namen und sei nicht einmal Kantonsbürger. Die «Allgemeine Schweizerzeitung» verdächtigte die Arbeiterpartei, unter ausländischem Einfluss zu stehen und das Wohl des Vaterlandes preiszugeben, die «Grenzpost» schrieb von umstürzlerischen Absichten und vom Strebertum der Arbeiterführer. Dem Kandidaten der Arbeiterpartei wurden Personenkult und undurchsichtige Haltung vorgeworfen. Dazu kam, dass in letzter Stunde von anonymer Seite doch noch die Kandidatur von Oberst Frey aufgestellt wurde, die manchen Freisinnigen davon abhalten mochte, Wullschleger die Stimme zu geben.

Dennoch wurde der 17. November 1889 zu einem *Ehrentag der Basler Arbeiterpartei*. Bei einem absoluten Mehr von annähernd 4000 wurde zwar Regierungsrat Speiser mit über 4300 Stimmen sicher gewählt, doch erzielte Wullschleger mit rund 2200 Stimmen ein über Erwarten günstiges Ergebnis. In der Arbeiterhochburg Bläsi, in der die konservative Propaganda besonders intensiv betrieben worden war, vermochte er deutlich obenauszuschwingen; auch die Landgemeinden Bettingen und Kleinhüningen wiesen kleine Mehrheiten für den Arbeiterkandidaten auf. Als Erfolg musste es betrachtet werden, dass die Arbeiterpartei bei ihrem ersten selbständigen Auftreten bei Nationalratswahlen gleich 28% *der Stimmen* auf sich zu vereinigen vermochte. In seinem Kommentar bezeichnete Wullschleger im «Arbeiterfreund» die Arbeiterpartei als moralischen Sieger der Wahl, warnte aber davor, sich über ihre Stärke Illusionen hinzugeben. Die Stimmenzahl, über die die Arbeiterpartei Ende der achtziger Jahre bei eidgenössischen Wahlen verfügte, dürfte mit 2000 annähernd richtig geschätzt sein. Im übrigen erwies sich *Wullschleger als guter Verlierer*, anerkannte er doch die hohen Qualitäten und die Uneigennützigkeit seines siegreichen Gegners, dessen Kollege im Regierungsrat er später werden sollte.<sup>62)</sup>

Mehr noch als bei kantonalen war die Arbeiterpartei bei eidgenössischen Wahlen zu einem Machtfaktor der Basler Politik geworden, als sie daran ging, sich im Rahmen der neugegründeten SPS fester zu organisieren.

Bereits in der Gründungsversammlung der neuen Parteiorganisation wurde grundsätzlich die Aufstellung einer eigenen Kandidatur für die *Gesamterneuerungswahlen* des Nationalrats vom Herbst 1890 beschlossen.<sup>63)</sup> Noch bevor die andern Parteien öffentlich Stellung bezogen hatten, wurde erneut Wullschleger als Kampfkandidat bestimmt. Der Antrag einer radikalen Minderheit, mit einer «urchigen» Einerliste in den Kampf zu ziehen, unterlag dem Vorschlag des Parteikomitees, Wullschleger an die Spitze einer Viererliste zu stellen, auf der auch die Bisherigen, die Freisinnigen Brenner und Eckenstein und der Konservative Speiser, figurierten. Man wollte damit beweisen, dass es der SP mit der Forderung der proportionalen Vertretung auch dann ernst sei, wenn es nicht unmittelbar um ihren Nutzen gehe. Hatten viele Sozialdemokraten gehofft, der Freisinn werde aus Gerechtigkeitserwägungen Wullschleger freiwillig den vierten Sitz zugestehen, so wurden sie eines andern belehrt, beanspruchten die Freisinnigen doch den neuen Sitz für sich und stellten Professor Kinkelin als Kandidaten auf. So stand die SP allein; einzig von der kleinen Gruppe «Frei-Land» erhielt sie einige Unterstützung.

Bei einer Wahlbeteiligung von nur 57% erreichten nur die drei Bisherigen das absolute Mehr. *Wullschleger* stand zwar an letzter Stelle hinter Kinkelin und dem Konservativen Rudolf Sarasin, vereinigte aber 31% *der Stimmen* auf sich, 3% mehr als bei den Ersatzwahlen des vorhergehenden Jahres. Trotz diesem günstigen Ergebnis verzichtete die Partei auf eine Teilnahme am zweiten Wahlgang, sei es dass sie sich der Aussichtslosigkeit einer neuerlichen Kandidatur bewusst war, sei es dass die «leidige Munition» ausgegangen war, wie im Jahresbericht des Schweizerischen Grütlivereins zu lesen war.<sup>64)</sup>

Die Erfahrungen von 1890 bewogen die SP 1893, mit einer *Einerliste* in den Wahlkampf einzutreten; Kandidat war wiederum Eugen Wullschleger. Die Freisinnigen nominierten ihre drei bisherigen Vertreter, die Konservativen neben Speiser als Kampfkandidaten Regierungsrat Bischoff. So standen also sechs Kandidaten für vier Sitze im Feuer. Unterstützung hatte Wullschleger nur von der katholischen Arbeiterbevölkerung und allenfalls von einigen Linksfreisinnigen zu erwarten.

Infolge der Arbeitslosigkeit unter den Posamentern erwies sich das «*Recht auf Arbeit*» als *der wichtigste Wahlschlager* der Sozialdemokratie. Sie führte den Wahlkampf mit einem bisher noch kaum erlebten Aufwand. Es war, als ob der neue Titel des Parteiblatts, «Vorwärts», Führung und Parteivolk beflügelten.

Bei einer Wahlbeteiligung von 55% wurden im ersten Wahlgang drei Bisherige (Speiser, Brenner und Kinkelin) gewählt, während der dritte bisherige Freisinnige, Eckenstein, das absolute Mehr ebensowenig erreichte wie die beiden Kampfkandidaten Bischoff und Wullschleger. Dieser stand zwar wiederum an letzter Stelle, vereinigte aber 38% *der gültigen Stimmen* auf sich (34% in Grossbasel, 51% in Kleinbasel, 33% in den Landgemeinden).

Im zweiten Wahlgang kam keine Wahl zustande. Obschon Wullschleger erneut hinter seinen beiden Gegnern zurückblieb, beschloss das sozialdemokratische Wahl-

komitee, getrieben durch das sich in euphorischer Stimmung befindende Parteivolk, auch zum dritten Wahlkampf anzutreten, in dem das relative Mehr genügte.

Bei einer Wahlbeteiligung von 56% wurde diesmal der Konservative Bischoff mit 2870 Stimmen gewählt. Wullschleger erzielte 2412 Stimmen und vermochte damit den bisherigen freisinnigen Nationalrat Eckenstein um 124 Stimmen hinter sich zu lassen.

Der als *moralischer Sieger* gefeierte sozialdemokratische Kandidat erklärte anlässlich einer Zusammenkunft am Wahlabend, zwei Fragen habe die Basler Bevölkerung bei dieser Wahl zu beantworten gehabt: erstens, ob sie die unduldsame Willkürherrschaft der freisinnigen Parteipäpste abschütteln wolle, zweitens, ob sie soviel Gerechtigkeitsgefühl besitze, der Arbeiterschaft die ihr gebührende Vertretung im Nationalrat zu gewähren. Die erste Frage habe sie bejaht, die zweite einstweilen mit geringer Majorität verneint. Der Systemfreisinn sei tot, und über kurz oder lang werde es in Basel nur noch zwei Parteien geben, eine konservativ-freisinnige reaktionäre und eine wahrhaft fortschrittliche, die Sozialdemokratie. Im «Vorwärts» führte er einen Tag später aus, er erwarte einen verstärkten Rechtskurs des Freisinns und eine leichte Linkstendenz der Konservativen im Sinne einer liberal-konservativen Partei, bis die beiden traditionellen Parteien sich schliesslich verschmolzen. Dann werde die Parole heissen: *hie Sozialismus, dort Kapitalismus*. Die in derselben Zeitung abgedruckte Todesanzeige für den Freisinn sollte sich allerdings als verfrüht erweisen.<sup>65)</sup>

1896 beschloss eine Vertrauensmänner-Versammlung der SP schon im August, *erneut mit Wullschleger* in den Nationalrats-Wahlkampf zu ziehen. Am 7. Oktober erklärte der «Vorwärts», man werde auch diesmal ohne Wahlabmachungen allein mit einer Einerliste antreten. Kurz darauf wurde bekannt, dass Nationalrat Speiser nicht mehr kandidieren werde. Dies veränderte die Lage. Die freisinnige Parteileitung bot der SP einen Kompromiss an: Sie war bereit, neben ihren bisherigen Vertretern Brenner und Kinkelin zum erstenmal auch den sozialdemokratischen Kandidaten auf ihre Liste zu nehmen; daneben portierte sie den konservativen Regierungsrat Dr. Iselin, während sie nicht bereit war, dessen 1893 gewählten Parteikollegen Bischoff zu unterstützen. Das Wahlkomitee der SP machte sich die Chance, erstmals mit Aussicht auf Erfolg in den Wahlkampf einzutreten, zunutze und schloss – gegen den Widerstand einer beträchtlichen Anzahl von «Grundsätzlichen» – den angebotenen Kompromiss ab, liess aber die den Konservativen reservierte Stelle auf der Parteiliste offen. Wie die Dinge lagen, war mit der Wahl der beiden Freisinnigen und Iselins zu rechnen; fraglich blieb, ob Wullschleger oder Bischoff den vierten Sitz erobern würden. Dieser durfte mit der Unterstützung der Katholiken rechnen. Vom «Vorwärts» wurde er aus taktischen Gründen und als «Anhänger des Manchestertums» scharf bekämpft, während umgekehrt Wullschleger die Hauptzielscheibe von persönlichen Angriffen der konservativen «Allgemeinen Schweizerzeitung», des katholischen «Volksblatts» und des Gewerbevereins bildete.

Die Nationalratswahl vom 25. Oktober 1896 bedeutet einen *Markstein in der Geschichte der Basler Arbeiterbewegung*: *Erstmals wurde ein Sozialdemokrat ins eidge-*



*nössische Parlament gewählt.* Bei einer Stimmbeteiligung von 56% erreichte Wullschleger neben Brenner, Kinkelin und Iselin das absolute Mehr. Bischoff, der deutlich zurückblieb, verlor sein Mandat. Die Begeisterung in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft war überwältigend. Aufgrund der Wahlquartier-Ergebnisse vermutete Wullschleger, dass ihm etwas mehr als die Hälfte der Freisinnigen die Stimme gegeben hätten, dazu die Mehrzahl der noch nicht sozialdemokratischen Arbeiterschaft, der mittleren und unteren Angestellten und sogar einzelne selbständige Gewerbetreibende und Handwerker. Damit umschrieb er ziemlich genau das Reservoir an Sympathisanten, die der Partei bei eidgenössischen Wahlen im günstigsten Fall zur Verfügung standen. Der beträchtliche Anteil an freisinnigen Stimmen konnte zwar bei einer andern Wahlkonstellation stark zusammenschrumpfen; dafür durfte unter Umständen wieder mit der Unterstützung der katholischen Arbeiter gerechnet werden.<sup>66)</sup>

So erfreulich der Einzug ihres besten Mannes ins Bundeshaus für die Basler Sozialdemokratie war, so schmerzlich war es für sie, ihn als Agitator und Redaktor zu verlieren, entschied es sich doch eben in diesen Wochen, dass *Wullschleger* seinen Redaktorposten am «Vorwärts» zugunsten des Sekretariats beim Schweizerischen Grütliverein aufgeben werde. Damit *ging er vorübergehend der Basler Arbeiterbewegung weitgehend verloren.* Als Nationalrat und Grütlisekretär hatte er sein Hauptinteresse der schweizerischen Politik zuzuwenden, die ihm bereits aus der Zeit, da er die SPS geleitet hatte, vertraut war.

Im Mai 1897 fand eine *Nationalrats-Ersatzwahl* für den zum Bundesrat gewählten Dr. Brenner statt. Die Freisinnigen portierten an seiner Stelle Regierungsrat Dr. Zutt, die Konservativen nahmen den Kampf mit Karl Koechlin-Iselin auf. Angespornt durch den Erfolg von 1896 und in der Hoffnung, die freisinnige Festung sei sturmreif, entschloss sich die SP, ebenfalls mit einem *eigenen Kandidaten*, dem in breitesten Volksschichten *populären Rudolf Schweizer*, in den Wahlkampf einzutreten, obschon eine Doppelvertretung im Nationalrat ihrer tatsächlichen Stärke keineswegs entsprochen hätte.

Weder im ersten noch im zweiten Wahlgang vermochte einer der drei Kandidaten das absolute Mehr zu erreichen. Schweizer kam beidemale nicht über die letzte Stelle hinaus, erreichte aber überraschend hohe Stimmenzahlen. Für den dritten Wahlgang gab die SP die Enthaltungsparole heraus; den besonnensten unter den Parteiführern mochte vor der eigenen Courage Angst geworden sein. Unter der Hand wurde im Parteivolk für den konservativen Kandidaten geworben, der denn auch im dritten Wahlgang zur grossen Erbitterung des Freisinns gewählt wurde. Die freisinnige Hochburg Basel war so mit zwei Konservativen, einem Sozialdemokraten und einem einzigen Freisinnigen im Nationalrat vertreten, nachdem sie wenige Jahre zuvor noch die Alleinvertretung besessen hatte. Arnold kommentierte im «Vorwärts»: «Es musste der freisinnigen Parteileitung demonstrativ verständlich gemacht werden, dass wir den politischen Kinderschuhen entwachsen sind und der Muttermilch nicht mehr bedürfen.» Dem Vorwurf der freisinnigen Zeitungen, die SP habe sich nicht an



ihre Abstentionsparole gehalten, begegnete er mit der zweifellos zutreffenden Behauptung, der *antifreisinnige Affekt im Parteivolk* sei so stark, dass alle Empfehlungen der Parteileitung es nicht von dieser Demonstration hätten zurückhalten können.<sup>67)</sup>

Bei den Gesamterneuerungswahlen des Jahres 1899 zog jede der drei Hauptparteien mit einer gebrochenen Zweierliste in den Kampf, nachdem die SP Kompromisssondierungen des Freisinns abschlägig beantwortet hatte. Zur allgemeinen Überraschung von Freund und Feind wurde *Wullschleger* zusammen mit dem Konservativen *Koechlin* bei geringer Wahlbeteiligung *schon im ersten Wahlgang gewählt*; in sechs von 14 Wahlquartieren stand er an erster Stelle. Der erneut portierte Schweizer vermochte noch den freisinnigen Neuling *Gautschi* hinter sich zu lassen; in drei Arbeiterquartieren figurierte er unmittelbar nach *Wullschleger* an zweiter Stelle. «Die überwiegende Mehrheit der freisinnigen Partei ist endgültig als Phrase erwiesen», kommentierte frohlockend der «Vorwärts».

*Wullschleger*, der der Doppelkandidatur von Anfang an skeptisch gegenübergestanden war, versuchte in einer Vertrauensmänner-Versammlung mit dem Hinweis auf die Aussichtslosigkeit des Unternehmens und die knappen Mittel, die Partei vor einer Niederlage im zweiten Wahlgang zu bewahren, und trat für Wahlenthaltung ein, wurde aber überstimmt.

Im zweiten Wahlgang erreichte nur der Freisinnige *Zutt* das absolute Mehr. Schweizer vermochte erneut den zweiten freisinnigen Kandidaten auf den letzten Platz zu verweisen. Diesen Erfolg hatte er vor allem der Tätigkeit der «*Söhne der Nacht*» zu verdanken, eines sozialdemokratischen Agitationskreises, der – wie schon bei früheren Abstimmungen und Wahlen – buchstäblich in letzter Stunde grosse rote Wahlplakate anschlug.

Für den dritten Wahlgang zog der Freisinn seinen aussichtslosen Kandidaten zurück und gab die Stimme frei. *Iselin*, von seiner eigenen Partei, den Katholiken, dem Rechtsfreisinn und von gewerblichen Kreisen unterstützt, erreichte endlich die Wiederwahl. Damit war Basel im Nationalrat wieder durch zwei Konservative, einen Freisinnigen und einen Sozialdemokraten vertreten. Die *SP* aber hatte bewiesen, dass sie zur *dritten Kraft* neben den beiden traditionellen Parteien aufgestiegen war.<sup>68)</sup>

#### f) Ständeratswahlen

Für die *SP* stellten die Ständeratswahlen wie die Bürgerratswahlen eine *Angelegenheit zweiter Ordnung* dar. Zugespitzt drückte Redaktor *Steiger* 1893 am «Siegesfest» nach den Nationalratswahlen aus, was auch enger mit ihrem Vaterland verbundene Sozialdemokraten dachten: Die Sozialdemokratie sei eine prinzipielle Gegnerin des zopfigen Zweikammersystems. So übte sie entweder Wahlenthaltung oder unterstützte den Kandidaten einer andern Partei, je nachdem die politische Konstellation dies oder jenes als taktisch geschickter erscheinen liess.

Seit dem Dezember 1881 vertrat der Freisinnige Göttsheim, Redaktor an den «Basler Nachrichten» und seinerzeitiger Förderer der internationalen Arbeiterbewegung, den Stand Basel in der Kleinen Kammer in Bern. Als ihm die Konservativen 1890 einen Kampfkandidaten entgegenstellten, verhalf ihm die SP zur Wiederwahl. «Weil die Partei des ganzen, radikalen Fortschritts, die Sozialdemokratie, keinen eigenen Kandidaten aufstellt, sind wir für den Kandidaten des halben Fortschritts, den Freisinnigen, gegen den Kandidaten der Partei des Stillstands, der Konservativen», war die Argumentation.<sup>69)</sup>

1893 enthielt sich die SP der Wahl; Göttsheim wurde bestätigt.

Als 1896 der Freisinn für den im Sommer verstorbenen bisherigen Amtsinhaber Dr. Paul Scherrer portierte, zögerte die SP nicht, ihm ihre Unterstützung anzubieten und dem Freisinn damit ihren Dank für die Wahlhilfe bei den Nationalratswahlen abzustatten. Scherrer wurde denn auch gewählt.<sup>70)</sup>

1899 standen sich mit dem Freisinnigen Dr. Scherrer und dem Konservativen Dr. Kern die Führer der beiden grössten Parteien Basels gegenüber. Nicht zuletzt wegen Erschöpfung der Finanzen nach den drei Wahlgängen der Nationalratswahlen beschloss die SP Stimmfreigabe, wobei sie sich bewusst war, dass sie das Zünglein an der Waage hätte spielen können. Scherrer wurde bestätigt, doch scheinen nicht wenige Sozialdemokraten für den Konservativen gestimmt zu haben – ein Racheakt gegen den Freisinn, dem man vorwarf, im dritten Wahlgang der Nationalratswahlen Schweizer im Stiche gelassen und dem Konservativen Iselin damit zur Wahl verholfen zu haben.<sup>71)</sup>

#### g) Eidgenössische Politik

Im Gegensatz zur ersten Hälfte der achtziger Jahre wurde das Schweizer Volk zwischen 1886 und 1889 nur dreimal für eidgenössische Abstimmungen zur Urne gerufen. Keine vermochte die organisierte Arbeiterschaft Basels stark zu bewegen. Sowohl für die Referendumsabstimmung über das Alkoholgesetz vom 15. Mai 1887 wie für das neue eidgenössische Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz vom November 1889 gab die Arbeiterpartei die Ja-Parole heraus, getreu ihrer *Grundhaltung*, jeder Verstärkung der Bundeszuständigkeit zuzustimmen.<sup>72)</sup>

Umso höhere Wellen vermochte in den Jahren 1888/89 die *Einführung der politischen Polizei* und ihre Vollzugspraxis in der Arbeiterpartei Basel zu werfen, umso mehr als damit die Frage des Asylrechts verknüpft war.

Grosse Erregung entfachte in Basler Arbeiterkreisen die am 18. April 1888 erfolgte Ausweisung des aus Deutschen bestehenden Redaktionspersonals des in Zürich-Hottingen erscheinenden Exilblatts «Der Sozialdemokrat». Die Arbeiterschaft sah in diesem Akt eine Verbeugung vor Bismarck-Deutschland und einen indirekten Angriff auf die schweizerische Sozialdemokratie.

Die Empörung wuchs, als Steck im Sommer im «Schweizerischen Sozialdemokrat» ein ihm in die Hände gekommenes «konfidentielltes Kreisschreiben» veröffentlichte, das der Bundesrat zur Durchführung der politischen Polizei an die Kantone erlassen hatte. Es sah eine strenge Überwachung aller öffentlichen und geheimen Veranstaltungen vor, in denen über die soziale Frage diskutiert wurde. Solche Polizeimassnahmen konnten von den gut schweizerisch gesinnten Sozialdemokraten nur als Klassenkampfmassnahmen empfunden werden.<sup>73)</sup>

Die Basler Sozialdemokraten sahen ihre Befürchtungen bestätigt, als im August auf Veranlassung des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements bei fünf deutschen Genossen, die des Schriftenschmuggels verdächtig waren, Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden.<sup>74)</sup> Regierungsrat Burckhardt-Iselin bestätigte auf eine Interpellation Wullschlegers im Grossen Rat den Sachverhalt, gab aber gleichzeitig die Versicherung ab, dass sich das Basler Polizeidepartement nie dazu verstehen werde, Polizisten zu geschlossenen Versammlungen zu schicken. Die von einer Versammlung der Basler Arbeiterpartei beschlossene Petition gegen die geplante politische Polizei an die Bundesversammlung blieb ohne Erfolg.<sup>75)</sup>

Das Jahr 1889 wurde durch die Verhaftung und Aburteilung von sieben Mitgliedern des Deutschen Arbeitervereins im benachbarten Lörrach wegen Schriftenschmuggels und Teilnahme an einer verbotenen Verbindung im Januar für die Basler Sozialdemokratie wenig freundlich eingeleitet.<sup>76)</sup> Dieses Ereignis wurde jedoch bald durch den *Wohlgemuthhandel* weit in den Schatten gestellt.

Seit dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes schickte die deutsche Regierung besoldete Lockspitzel in die Zentren der emigrierten deutschen Sozialdemokratie, so auch nach Basel. In der Regel gebärdeten sich diese recht revolutionär, konnten aber gerade deswegen früher oder später entlarvt werden, ohne grossen Schaden angerichtet zu haben. Eine peinliche Blossstellung der Bismarck'schen Politik bedeutete aber die zu Ostern 1889 erfolgte Entlarvung des Polizeiinspektors Wohlgemuth aus Mülhausen im benachbarten Rheinfelden.

Schon seit längerer Zeit hatte Wohlgemuth versucht, den deutschen Sozialdemokraten Schneidermeister Lutz als Lockspitzel anzuwerben, wobei er sich mehrmals mit ihm in Deutschland und in Basel traf. Lutz lud den sein Pseudonym erst spät Lüftenden auf den Ostersonntag nach dem benachbarten Rheinfelden ein, wo er Instruktionen und das übliche Handgeld erhalten sollte. Schon früh hatte er aber einige zuverlässige Parteigenossen von dem Vorgefallenen in Kenntnis gesetzt, darunter auch den Führer der Basler Arbeiterpartei, Eugen Wullschleger. Wohlgemuth ging ahnungslos in die Falle. Unter dem Beisein von vier Basler Genossen, zu denen Wullschleger gehörte, wurde er durch die Rheinfelder Polizei verhaftet.<sup>77)</sup>

Dieser Vorfall steigerte Bismarcks Gereiztheit gegenüber der Schweiz zu hellem Zorn. Obwohl Wohlgemuths Rolle als agent provocateur unwiderleglich durch seine Papiere bewiesen war – die Aufforderung: «Wühlen Sie nur lustig drauflos!» zog mit viel Geräusch durch den ganzen schweizerischen Blätterwald –, verlangte Bismarck

gebieterisch die unverzügliche Freilassung des deutschen Beamten. Der Bundesrat ging nicht darauf ein, sondern verwies Wohlgemuth wegen völkerrechtswidriger Handlungen des Landes.

In einer Volksversammlung vom 11. Mai berichtete Wullschleger als Augenzeuge über das Vorgefallene.<sup>78)</sup> Ende Juni erfolgte die Verabschiedung des mit zweifelhaften Argumenten ebenfalls ausgewiesenen Schneiders Lutz im Kreise der deutschen sozialdemokratischen Mitgliedschaft. Zahlreiche Schweizer Genossen liessen es sich nicht nehmen, dem nach Amerika Verreisenden ihre Sympathie zu bekunden.<sup>79)</sup>

Die Unnachgiebigkeit des Bundesrates hatte einen Notensturm Bismarcks zur Folge, der behauptete, auf deutschen Nachrichtendienst in der Schweiz angewiesen zu sein, da die eidgenössische Polizei die Umtriebe staatsfeindlicher Elemente nicht wirksam genug zu überwachen vermöge. Der Bundesrat wies diese Einmischung in das Asylrecht zurück und stellte die völkerrechtlichen Grundlagen der schweizerischen Neutralität klar. Auf seinen Antrag beschlossen die Räte im Juni 1889, zur festen Ausübung der politischen Fremdenpolizei eine *Bundesanwaltschaft* zu errichten.

Sogleich dachte der Gründer und Vizepräsident der SPS, Albert Steck, daran, gegen diesen Beschluss das Referendum zu ergreifen. Es kam aber nicht zustande. Am Ende der Referendumsfrist konnten nur knapp 24 000 statt der erforderlichen 30 000 Unterschriften eingereicht werden. Basel stand mit rund 1000 Unterschriften deutlich hinter den Städten Bern und Zürich zurück, obschon man es nicht an Eifer hatte fehlen lassen. Es dürfte auch für Basel gelten, was Steck für die ganze Schweiz berichtete: Viele Arbeiter hätten das Referendum nicht unterzeichnet, weil sie sich sagten, es sei in Ordnung, wenn «der Bundesrat die Donners Schwaben aus dem Lande jage, die uns den Verdienst wegnehmen.» Steck gab in seinem Blatt die Niederlage zu, verbuchte aber die Tatsache als Gewinn, dass der sozialdemokratische Protest unter denkbar ungünstigen Verhältnissen immerhin von rund 25 000 Bürgern unterzeichnet worden sei.<sup>80)</sup>

Der geringe Erfolg dieser ersten gesamtschweizerischen Aktion der SPS in der Basler Arbeiterschaft hatte seinen Grund: *Das Hauptgewicht* ihrer politischen Tätigkeit lag auf *kantonomer Ebene*. Dies gilt auch für die neunziger Jahre. Zwar bejahte die SP die immer deutlicher werdende Tendenz der Bundesbehörden zur Zentralisation und zur Sozialpolitik und trug bei den Abstimmungen das Ihrige dazu bei. Hohe Wellen vermochten diese Abstimmungen aber bei der Arbeiterschaft auch dann nicht zu werfen, wenn es um ihre eigensten Anliegen ging. Die beiden einzigen Vorlagen, welche Parteileitung und Parteivolk während längerer Zeit intensiv beschäftigten, waren die von der SPS ausgehenden Initiativen für das «Recht auf Arbeit» und für die Proportionalwahl des Nationalrats und die Volkswahl des Bundesrats. Da diese aber erst im November 1900 vor das Volk kamen, soll davon in einem späteren Kapitel die Rede sein.

Erstaunlich ist, dass eine für die Zukunft des Landes so bedeutsame und recht eigentlich auf die Arbeiterschaft zugeschnittene Vorlage wie das Initiativrecht für die

Partialrevision der Bundesverfassung in Basel, auch in der SP, so gut wie keine Beachtung fand. Zwar gab eine Parteiversammlung die Ja-Parole heraus.<sup>81)</sup> Wenn sich aber an der Urne nur rund 20% der Basler Stimmberechtigten einfanden – die bisher tiefste Zahl bei eidgenössischen Abstimmungen – so musste auch die Arbeiterschaft zum grössten Teil zu Hause geblieben sein. Die Vorlage wurde im Bund mit über 60%, in Basel äusserst wuchtig, mit fast 88%, angenommen.

Die SPS machte von dem neu erworbenen Recht sogleich Gebrauch und benützte es für ihre erste grosse Aktion, indem sie die Volksinitiative für einen Verfassungsartikel über das «*Recht auf Arbeit*» ergriff. Das «*droit au travail*» war erstmals in Frankreich in den späteren vierziger Jahren von Louis Blanc in die öffentliche Diskussion geworfen worden; jetzt nahm Albert Steck den Gedanken auf und passte ihn den schweizerischen Verhältnissen an. In Basel referierte er im April 1891 über sein Lieblingsprojekt.<sup>82)</sup> Aber erst, als zu Beginn des Jahres 1893 die Unterschriftensammlung in Gang kam, setzte die Diskussion in der Partei und den ihr nahestehenden Vereinen intensiv ein, wobei Wullschleger, der als schweizerischer Parteipräsident die Hauptverantwortung für das Gelingen des Unternehmens trug, überall als Referent auftrat. Die mühsame Unterschriftensammlung bestätigte, was schon bei internen Diskussionen deutlich geworden war: Es fehlte auch in der organisierten Arbeiterschaft nicht an Opposition gegen das neue Recht. Wie weit diese grundsätzlicher Natur war, wieweit sie der Skepsis inbezug auf die Wirksamkeit entsprang, lässt sich nicht mehr feststellen. Wullschleger liess verlauten, dass die Mehrzahl der Unterzeichner der Initiativbogen Lohnarbeiter im engern Sinn seien, daneben fänden sich in grösserer Zahl noch Büroangestellte, Kleinbauern, kleine Geschäftsleute und Lehrer. Das Unternehmen hatte weder auf eidgenössischer noch auf kantonaler Ebene Aussicht auf Erfolg, da die *Sozialdemokratie sozusagen allein* dafür eintrat. Die Basler Presse bekämpfte es mit Ausnahme der sich wegen ihrer Arbeiterabonnenten reserviert verhaltenden «Nationalzeitung» unisono; als Wochenblatt kam der «Arbeiterfreund» gegen diese konzentrierte Gegenwerbung nicht auf. Die Vorlage wurde denn auch auf eidgenössischer Ebene wuchtig, mit über 80% Neinstimmen, *verworfen*; in Basel stimmten immerhin knapp 37% dafür, wobei das Bläsiquartier deutlich, Kleinhüningen knapp annahm und das Wettsteinquartier nur knapp verwarf.<sup>83)</sup>

Wie Bismarck in Deutschland dem klassenkämpferischen Sozialismus durch den Ausbau der Sozialgesetzgebung den Wind aus den Segeln zu nehmen versuchte, so bemühten sich die schweizerischen Bundesbehörden, die Arbeiterschaft durch ihr dienende Einrichtungen vor der Radikalisierung zu bewahren. Dazu gehörten neben dem Recht auf Verfassungsinitiative, das auch den wirtschaftlich schwachen Arbeiter zum politisch vollberechtigten Glied des demokratischen Staates machte, die Einführung der Kranken- und Unfallversicherung und des Banknotenmonopols.

Mit grossem Mehr nahmen Volk und Stände 1890 den Verfassungsartikel an, der grundsätzlich die Einrichtung einer Kranken- und Unfallversicherung durch den Bund vorsah. Die SP, die auf ein für die Arbeiterschaft günstigeres und rascher zu



verwirklichendes kantonales Gesetz hoffte, hielt sich bei der Abstimmungskampagne stark zurück.

Intensiver befasste sie sich mit dem Banknotenmonopol und trug entscheidend zur Unterschriftensammlung für die notwendige Verfassungsänderung bei. Dass die Vorlage 1891 in Basel mit über 78% der Abstimmenden (in der Eidgenossenschaft annähernd 60%) angenommen wurde, feierte die junge Partei als ihren ersten eidgenössischen Sieg.<sup>84)</sup>

Das im März 1891 zur Abstimmung gelangende Pensionsgesetz für Bundesbeamte sah die SP uneinig. Während die Parteileitung die Ja-Parole herausgab, da ihr der Spatz in der Hand lieber war als die Taube auf dem Dach, machte sich im Parteivolk Skepsis breit. Die Vorlage wurde im Bund wuchtig verworfen, Basel nahm deutlich an. Wullschleger gab im «Arbeiterfreund» zu, dass viele Arbeiter dagegen gestimmt hätten, und schloss daraus: «Das Volk will eben die ganze Sozialreform!»<sup>85)</sup>

Die vom sozialdemokratischen Nationalrat Vogelsanger aus Rücksicht auf die Bauernschaft unterstützte Zolllarif-Vorlage fand in der Basler Sozialdemokratie keinen Anklang. Wullschleger machte geltend, dass die damit geplante Schutzzollpolitik nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liege. Auf eine intensive Gegenpropaganda wurde allerdings verzichtet, die Agitation wurde auf das gleichzeitig zur Abstimmung gelangende Banknotengesetz konzentriert. Die Vorlage wurde in der Eidgenossenschaft knapp, in Basel deutlich angenommen.<sup>86)</sup>

Zusammen mit dem Freisinn trug die SP 1894 wesentlich zur wuchtigen Verwerfung der sogenannten Beutezugsinitiative bei, die den Bund verpflichten wollte, aus seinen Zolleinnahmen jährlich 2 Franken pro Kopf der Bevölkerung an die Kantone abzugeben.<sup>87)</sup>

Das in Bund und Kanton 1895 verworfene Gesandtschaftsgesetz wurde im «Vorwärts» mit dem Argument bekämpft, es atme bürokratisch-höfisch-monarchischen Geist.<sup>88)</sup>

Zur glänzenden Annahme des für die Arbeiterschaft wichtigen Zündhölzchenmonopols in Basel im September 1895 trug die SP entscheidend bei; indes wurde die Vorlage eidgenössisch verworfen.<sup>89)</sup>

Weniger hohe Wellen als in gewissen bürgerlichen Kreisen vermochte die Vorlage über die neuen *Militärartikel* zu werfen, die auf eine völlige Zentralisation des Militärwesens abzielte. Die Diskussion in der Partei und in den Grütlivereinen wurde sachlich geführt. Wenn sich die Mehrheit der Parteimitglieder gegen die Vorlage wendete, so lag dieser Stellungnahme doch in den seltensten Fällen grundsätzlicher Antimilitarismus zugrunde. Auch fehlte es nicht an befürwortenden Stimmen. So trat vor allem *Sekundarlehrer Gustav Fautin, der erste Offizier* (seit 1895 Hauptmann) *der SP*, für die revidierten Militärartikel ein. Unter den Basler Zeitungen war der «Vorwärts» neben dem «Basler Volksblatt» die einzige, welche die Vorlage bekämpfte. Sie wurde im November 1895 in Basel deutlich (in der Arbeiterhochburg Bläsi knapp) angenommen, auf Bundesebene aber verworfen.<sup>90)</sup>



Stärker in Bewegung geriet die Basler Arbeiterschaft ein Jahr später bei der Vorlage über die Armee-Disziplinarstrafordnung, die zusammen mit dem Viehhandels-gesetz und dem Eisenbahnrechnungsgesetz zur Abstimmung kam. Die SP gab für die dritte Vorlage die Ja-Parole heraus, bekämpfte die ersten beiden aber leidenschaftlich. Triumphierend konnte Wulschleger nach der Abstimmung vom 4. Oktober im «Vorwärts» verkünden, die SP habe einen dreifachen Sieg errungen, da das Schweizervolk gemäss ihren Parolen gestimmt habe. «Sowohl gegen die Tyrannis der hohen Finanzen wie gegen die militärische Despotie hat das Schweizervolk gestern entschiedenen Front gemacht und damit seiner Einsicht ein gutes Zeugnis ausgestellt.»<sup>91)</sup>

Die Vorlage über die Errichtung einer Bundesbank wurde von der SP nicht nur als folgerichtige Weiterführung des Banknotenmonopols von 1891, sondern als eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Aufhebung des Privateigentums empfunden und entsprechend befürwortet. In der Abstimmung vom Februar 1897 wurde sie aber eidgenössisch abgelehnt, worüber auch das deutlich positive Basler Ergebnis nicht hinwegtrösten konnte.<sup>92)</sup>

Im Juli desselben Jahres wurde durch zwei Partialrevisionen der Bundesverfassung die Oberaufsicht des Bundes über Wasserbau und Forstpolizei auf die ganze Schweiz ausgedehnt und dem Bund das Gesetzgebungsrecht über den Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln übertragen. Entsprechend ihrer zentralistischen Grundhaltung trug die SP zur wuchtigen Annahme der kaum bestrittenen Vorlagen bei.<sup>93)</sup>

Zweimal wurde das Schweizervolk in den neunziger Jahren aufgerufen, zu entscheidenden *Eisenbahnfragen* Stellung zu nehmen. Durch das Eisenbahngesetz von 1872 hatte ausser den Kantonen auch der Bund das Recht zum Bau und Betrieb von Eisenbahnen erhalten, machte aber vorläufig noch keinen Gebrauch davon. Die Eisenbahngesellschaften sorgten durch gegenseitige Kämpfe und die Unfähigkeit, einheitliche Tarife festzusetzen, selbst dafür, dass die Diskussion über die Verstaatlichung nicht aufhörte. Noch stärker nahm das Volk daran Anstoss, dass die Aktienmehrheit verschiedener Gesellschaften in den Händen ausländischer Kapitalisten lag. Bundesrat Welti wurde zum entschlossenen Befürworter des Rückkaufs. Er versuchte, die Gesellschaften schrittweise in Bundesbesitz überzuführen. Der Anfang sollte mit der Centralbahn gemacht werden. Die Münchensteiner Zugskatastrophe vom 14. Juni 1891 gab Wulschleger Anlass, in einer von fast 1000 Personen besuchten Volksversammlung mit Nachdruck die alte sozialdemokratische *Forderung nach Verstaatlichung des gesamten schweizerischen Eisenbahnwesens* auf dem Wege der Expropriation zu verfechten. Es lag durchaus auf dieser grundsätzlichen Linie sozialistischer Eisenbahnpolitik, dass die Partei im Herbst für das Referendum gegen den von den eidgenössischen Räten beschlossenen Kauf der Centralbahn eintrat und im Dezember dazu beitrug, die Vorlage zu Fall zu bringen. Über das Ziel der schweizerischen Eisenbahnpolitik war die SPS mit der freisinnigen Mehrheit im Bundesrat einig, nicht aber in bezug auf die Mittel und das Tempo.<sup>94)</sup>

Anders lagen die Dinge im Jahr 1898. Dem geplanten Rückkauf der fünf Hauptlinien, der praktisch einer Verstaatlichung der schweizerischen Eisenbahnen gleichkam, konnte sich die Sozialdemokratie nicht widersetzen. Die Agitation wurde intensiv, wenn auch nur während kurzer Zeit betrieben. Bei hoher Stimmbeteiligung stimmten sowohl das Schweizervolk wie die Basler Stimmberechtigten der epochebildenden Vorlage wuchtig zu.<sup>95)</sup>

Als es im November des gleichen Jahres darum ging, dem Bund das verfassungsmässige Recht zur Vereinheitlichung von Zivil- und Strafrecht zu geben, trat die SPS und mit ihr die Basler Sektion kräftig für die Verwirklichung eines ihrer ältesten Postulate ein und trug wesentlich zur deutlichen Annahme der Vorlage bei.<sup>96)</sup>

#### *h) Kantonale Politik*

Das wichtigste politische Anliegen der Arbeiterpartei Basel in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre war die *Revision der kantonalen Verfassung* vom Jahr 1875. Die Anregung dazu ging von Eugen Wullschleger aus.

Drei Wochen nach seiner Wahl zum Grossrat lud er in seiner Eigenschaft als Präsident des Kantonalvorstands der Grütlivereine die linksfreisinnige Prominenz, worunter Regierungsrat Dr. Brenner, Professor Kinkelin und Eduard Eckenstein, zu einer Besprechung ein, die vierzehn Tage später ihre Fortsetzung fand. Diskussionsthema war die politische Lage Basels unter besonderer Berücksichtigung der freisinnigen Wahlprogramme der Jahre 1881 und 1884. Wullschleger, durch die kürzliche Wahl und die eben erfolgte Gründung des zweiten Arbeiterbunds Basel in seinem Selbstbewusstsein gestärkt, wies darauf hin, dass der grösste Teil der in jenen Wahlprogrammen enthaltenen demokratischen und sozialpolitischen Forderungen noch nicht verwirklicht seien. Die organisierte Arbeiterschaft sei nicht bereit, die Verzögerung länger hinzunehmen. Brenner rechtfertigte die Haltung der Regierung, versprach aber, dass die nächsten Jahre Taten zeitigen würden. Die Warnung Redaktor Brändlins vor einer Verfassungsreform lässt vermuten, dass Wullschleger mit dem Ergreifen einer entsprechenden Initiative durch die Arbeiterschaft gedroht hatte.<sup>97)</sup>

In Gang gebracht wurde die Bewegung zur Revision der Kantonsverfassung durch die Wahl des Konservativen Paul Speiser in den Regierungsrat im Frühsommer 1886. Der Präsident des nur eine Handvoll Mitglieder aufweisenden, aber rührigen freisinnigen Arbeitervereins, Albert Bürgin, berief sogleich eine öffentliche Versammlung ein, an der sich auch Mitglieder der sozialdemokratischen Mitgliedschaft beteiligten. Obschon die freisinnige Regierungspartei immer noch fünf von sieben Mitgliedern der kantonalen Exekutive stellte, empfand man in linksfreisinnigen und Arbeiterkreisen diese Wahl als Hindernis für eine fortschrittliche Sozialpolitik. Abhilfe könne nur eine Verfassungsrevision im Sinne einer *Ausdehnung der Volksrechte* bringen: Die Versammlung forderte die Wahl der Regierung, des Ständerats und der Richter durch das Volk.<sup>98)</sup>

**Abonnementpreis:**  
Bei der Expedition oder deren  
Zulagen:  
Vierteljährlich . . . Fr. 2.—  
Halbjährlich . . . „ 4.—, 70  
Durch die Post:  
Vierteljährlich . . . Fr. 2.40  
Halbjährlich . . . „ 4.80  
Bei der Expedition (inbe-  
griffen 5 Fr. an eine Adresse)  
für Basel (Fr. 2.—, die übrigen  
Schweiz (Fr. 2.30) Vierteljährlich.  
—  
Redaktion: Spalenbergstr. 3.  
Telephon 1091.  
Verantwortlich für den Redaktionsteil: E. Bulligliet.

# Vormärts

Des Basler Arbeiterbundes 11. Jahrgang.

Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes.

Offizielles Presseorgan des Arbeiterbundes und der Sozialdemokratischen Partei Basel.

Verantwortlich für den Redaktionsteil: E. Bulligliet.

Verlag der Genossenschaft Vormärts.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Betriebsbuchdrucker.

**Inserationspreis:**  
Die einseitige Zeile 10  
Cts. Bei Wiederholungen und  
größeren Aufträgen Rabatt.  
**Größere Inserate,** welche in  
der nächsten Nummer erschei-  
nen sollen, müssen bis vormit-  
tags 11 Uhr, kleinere bis nach-  
mittags 2 Uhr aufgegeben sein.  
**Abonnements- und Inserate,**  
Zulagen und Reklamationen  
betr. Stellung des Blattes  
sind an die Expedition zu  
richten.  
**Expedition:** Spalenbergstr. 3.  
Geöffnet von 8—12 Uhr  
und von 2—6 1/2 Uhr.  
Telephon 28.

## Entwurf.

## Arbeits-Programm der Sozialdemokratischen Partei Basel.

Aufgestellt anlässlich der Großrats- und Regierungsrats-Wahlen im April 1896.

Die Sozialdemokratie erstrebt im allgemeinen Befreiung der arbeitenden Bevölkerung im Wege der Herrschaft des Kapitals und mit Unterstützung wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Einrichtungen, welche der Arbeit die ihr gebührenden Rechte einräumen, die Erzeugnisse der Kultur allen zugänglich machen, der individuellen Abhängigkeit der großen Mehrheit von einer kleinen Minderheit ein Ende setzen und die bisher ein Vorrecht einzelner gebildeten Persönlichkeit Freiheit jedem man zu gute kommen lassen.

Diese Hauptziele will die Sozialdemokratie erreichen, indem sie das gegenwärtig zum größten Teil in den Händen einiger wenigen liegende und von diesen zu ihrem privaten Vorteil ausgenutzte Verfügungsgewalt über die Verkehrs- und Produktionsmittel (Werkzeuge) der Gesamtheit des Volkes Schritt für Schritt zu erlangen sucht, damit das politisch wie wirtschaftlich in Staat, Gemeinde, Gewerkschaften, Genossenschaften u. s. w. demokratisch organisierte Volk selber die Garantien schaffe für einen gemeinsamen, d. h. der Allgemeinheit frommen Gebrauch dieser Verkehrs- und Produktionsmittel.

Mit andern Worten: Die Sozialdemokratie will Anwendung der demokratischen Grundzüge, wie sie auf politischem Gebiete bei uns in der Schweiz schon längst erprobt sind, auch auf dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gebiete.

Der Kampf, den die Sozialdemokratie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln führt, ist somit ein Kampf um Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle, ein Kampf für die Gemeininteressen gegen die Sonderinteressen.

Der unausgesetzte Kampf für die Verwirklichung ihrer Hauptziele hindert indessen die Sozialdemokratie nicht, sondern ist vielmehr ein Ansporn für sie, durch Anbahnung und Unterstützung zweckmäßiger Reformen aller Art nach besten Kräften jederzeit dahin zu wirken, daß schon auf dem Boden der bestehenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen die Lage der bedrückten Volksklassen zu Stadt und Land erträglicher gestaltet werde, damit das notleidende Volk an Lebensfreude und Kampfesfähigkeit gewinne.

Von diesen allgemeinen Gesichtspunkten ausgehend, erstrebt die Sozialdemokratische Partei Basel in dem engeren Rahmen ihrer kantonalen und städtischen Politik zunächst die Durchführung folgender Aufgaben, von denen ein erheblicher Teil durch die Initiative der Sozialdemokratischen Partei oder unter ihrer Mitwirkung bereits beim Großen Rat oder beim Regierungsrat anhängig gemacht worden ist.

**1. Weiterentwicklung des gesetzlichen Arbeiterbundesgesetzes.** Insbesondere Ausdehnung des kantonalen Arbeiterbundesgesetzes unter Herabsetzung des Normalarbeitstages auf 10 Stunden, Einführung eines kantonalen Arbeitsinspektors; ferner Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Unternehmer im Kleinen durch Erlass eines kantonalen Gewerbegesetzes auf der Grundlage eines 10stündigen Normalarbeitstages.

**2. Einführung eines kantonalen Vermittlungsamtes in Lohn- und Arbeitsverhältnissen.**

**3. Vorbildliche Einrichtung der Staatsbetriebe, sowie musterghütliche Behandlung**

**der Staatsangestellten und Staatsarbeiter.** Insbesondere feste Anstellung der Staatsarbeiter in allen Verwaltungszweigen mit Anspruch auf Altersversorgung, höhere gesellschaftliche Stellung der Staatsarbeiter und unteren Staatsangestellten, Lohn- resp. Gehaltssteigerung im Vergleich zu bestimmten Zwischenräumen, andererseits Nacht- und Sonntagsruhe, Schutz vor willkürlicher Behandlung und Entlassung.

**4. Staatliche Festsetzung eines Normalarbeitstages sowie von Minimallohnen für alle vom Staate zu vergebenden Arbeiten** (Aufnahme entsprechender Bedingungen in die Pflichtenhefte der Unternehmer).

**5. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer schlimmen Folgen** durch thunlichste Vermehrung der staatlichen Arbeitsgelegenheiten und vorzugsweise Beschäftigung der im Kantonal Niedergelassenen bei allen Staatsarbeiten (Verpflichtung der Unternehmer in diesem Sinne); ferner durch Einführung einer möglichst ausgedehnten Arbeitslosenversicherung (mit niedrigen Beiträgen der Arbeiter, ausgiebiger Staatsunterstützung, Verwaltung der Rasse hauptsächlich durch die Versicherten und Begünstigung der Berufsorganisation).

**6. Reform und Hebung des gewerblichen Bildungswesens.** Insbesondere Regelung und Verbesserung des Lehrlingswesens, namentlich durch ein kantonalen Gewerbegesetz, Reorganisation der Allgemeinen Gewerkschule (im Sinne einer richtigen schulpflichtigen Leitung, sowie einer innigen Fühlung zwischen Schule, Handwerk und Gewerbe), unentgeltliche Einrichtung oder staatliche Unterstützung weiterer Fachkurse, Errichtung von Lehrwerkstätten, Berufsausbildung unentgeltlicher Koch-, Haushaltungs- und beruflicher Fachkurse für Frauen und Mädchen, Förderung der landwirtschaftlichen Berufsbildung.

**7. Verbesserung des Wohnungswesens** durch Erlass eines Wohnungsgesetzes, Einführung einer besonderen Wohnungsinpektion, staatliche Errichtung von Wohnungen zur billigen Vermietung an Unbemittelte.

**8. Errichtung eines großen möglichst zentralen Versammlungsgebäudes sowie kleiner Versammlungslokale in den verschiedenen Stadtteilen durch den Staat,** jedermann ohne Unterschied der politischen und religiösen Parteirichtung sowie unter Ausschluß jedes Konsumtionszwanges zugänglich, für Versammlungen, Vereinsversammlungen, zum Aufnahmestand für Arbeitslose, mit Einrichtung von Les- und Schreibzimmern, Volksbibliotheken u. s. w.

**9. Fortdauernde Verbesserung der sanitarischen und baulichen Zustände der Stadt** durch Erweiterung der engen Gassen und Straßen, Ausbau des Dohlenbaches (Kanalisierung), Vermehrung der öffentlichen Bäder und Schwimmanstalten (unentgeltlich resp. billige Bädergelegenheit auch im Winter), weitere Herabsetzung des Wasserpreises (je nach Ertrag des Wasserwerkes) u. s. w.

**10. Verbesserung und Erweiterung der unentgeltlichen Krankenpflege.** Insbesondere bessere Bezahlung der Poliklinik-Mitarbeiter unter Verpflichtung zu längerem Verbleiben im Amte und Ausdehnung der Poliklinik auf weitere Volksklassen.

**11. Gesetzliche Regelung des Armenwesens** im Sinne einer ausgiebigeren Staatsunterstützung sowie des Ausschlusses aller konfessionellen und parteipolitischen Vorurteile.

**12. Staatliche Altersversorgung** für längere Zeit im Kantonal Niedergelassenen.

**13. Nationale Anlage der Bahnhöfe und Bahnhöfen im Sinne einer möglichst unentwickelten baulichen Stadterweiterung. Anschluß der Stadt an den Rheinkanal. Befriederlicher Ausbau des Straßenbahnnetzes.**

**14. Elektrische Kraftleitung durch den Staat** mittels dauernder Erwerbung einer Wasserkraft zum Zwecke der Beleuchtung und der Kraftabgabe an Private.

**15. Gründung einer rein kantonalen Kantonalbank zur Hebung der Erwerbskraft des Volkes in Stadt und Land, sowie zur finanziellen Kräftigung des Staates** für seine volkswirtschaftlichen Aufgaben.

**16. Reform des Hypothekendarlehnwesens,** auf Grund der vom Staate unternommenen Hypothekendarlehnreform, hauptsächlich zum Zweck: allmählicher Forderung des Grund und Bodens aus den Händen der Kapitalherren.

**17. Hebung des Notariatswesens** durch den Staat, namentlich zum Zweck einer billigeren Bedienung des Publikums, der Lösung des Notariatswesens von kapitalistischen Einflüssen und der Förderung der Hypothekendarlehnreform.

**18. Revision des Wirtschaftsrechtes** im Sinne der Vermeidung jeder Lebensmittel- und Rassenangelegenheiten, Verteuerung, sowie der Bekämpfung administrativer Willkür bei Erteilung von Wirtschaft- und Reinerwerbsbewilligungen u. s. w.

**19. Errichtung eines kantonalen statistischen Bureaus** zur künftigen Erforschung der volkswirtschaftlichen und sozialen Zustände.

**20. Reform des Steuerwesens,** zum Zweck der Vermehrung der Staatseinnahmen und einer gerechteren Verteilung der Steuerlasten. Insbesondere amtliche Inventarisierung in allen Todesfällen, strengere Besteuerung der Steuerbeiträge, Erhöhung der Erbschafts-, Einkommens- und Vermögenssteuer für die oberen Klassen, Einführung einer Börsensteuer, höhere Besteuerung der anonymen Erwerbsgesellschaften (Kontingentsgesellschaften u. s. w.), Einführung einer städtischen Grundwertsteuer (im Sinne einer richtigen Besteuerung des durch die Allgemeinheit hervorgerufenen Mehrwertes an Grund und Boden auf der Basis einer amtlichen Schätzung des Marktwertes der Liegenschaften).

**21. Gerechtigkeit in der Verteilung der verschiedenen Volksklassen und Parteien in den öffentlichen Behörden.** Insbesondere Einführung des proportionalen Verfahrens für die Großrats- und städtischen Bürgerwahlen; ferner bessere Berücksichtigung der Arbeiterpartei und der sozialdemokratischen Partei in den großstädtischen und regierungsbildenden Kommissionen.

**22. Vereinfachung der Stimmabgabe,** hauptsächlich durch Vermehrung der Wahl- und Abstimmungsorte.

**23. Weitere Demokratisierung der Staatsverwaltung,** namentlich zum Zweck einer kräftigeren Schutzes der Bürger vor administrativer Willkür. Insbesondere Erlass des durch die Verfassung geforderten Gesetzes über die Verantwortlichkeit

Im Sommer und Frühherbst wurde in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft und in den Grütlivereinen heftig über die Verfassungsrevision diskutiert. Zu den Anträgen der erwähnten Safranversammlung wurden auf Vorschlag Wullschlegers jene auf Reduktion des Grossen Rates und auf Ermöglichung einer partiellen Verfassungsrevision hinzugefügt. Eine aus Linksfreisinnigen und Sozialdemokraten bestehende Kommission – fast alles Grütlianer – sollte das Unternehmen weiter vorantreiben.<sup>99)</sup>

Die Initianten hatten aber die Rechnung ohne den Wirt und das heisst in diesem Fall den Verein liberaler Grossräte gemacht. Dieser verschob die Revisionsbewegung auf den Frühling des kommenden Jahres und setzte seinen demokratischen Flügel unter Druck, worauf sich dieser dem Beschluss fügte. Ein selbständiges Vorgehen der Arbeiterpartei musste völlig aussichtslos erscheinen. So blieb dieser nichts übrig, als resigniert abzuwarten.<sup>100)</sup>

Anstatt im Frühjahr brachte der Freisinn die Revisionsbewegung erst im Sommer 1887 in Gang.<sup>101)</sup> Erbitterung herrschte unter der Arbeiterschaft, als bei der Wahl der elfgliedrigen Verfassungskommission durch den Grossen Rat ihre Vertrauensleute übergangen wurden.<sup>102)</sup> Eine Arbeiterversammlung vom 12. Februar 1888 beauftragte das landespolitische Komitee des Arbeiterbunds mit der Ausarbeitung einer *Eingabe an die grossrätliche Verfassungskommission*. Dieses legte seine Vorschläge zwei schwach besuchten Parteiversammlungen vor und reichte sie dann mit geringfügigen Änderungen ein.<sup>103)</sup>

Die umfangreiche Eingabe gliedert sich in sechs Abschnitte. Der erste umschreibt die politischen Rechte und Pflichten des Staatsbürgers. Neben den bereits bekannten *demokratischen Postulaten* fordert er die Möglichkeit der Abberufung des Grossen Rates und des Regierungsrats durch Volksabstimmung, wenn dies von 1000 Stimmberechtigten unterschriftlich gewünscht werde, ferner die Einführung des obligatorischen Referendums für sämtliche Gesetze sowie für alle Grossratsbeschlüsse von einiger Tragweite. Es war vorauszusehen, dass vor allem die weitgehende, aller Tradition widersprechende erste Forderung bei der Verfassungskommission auf wenig Gegenliebe stossen würde. Auf die Arbeiterschaft zugeschnitten war das Verlangen, die Niedergelassenen im Stimmrecht den Bürgern völlig gleichzustellen, d.h. die Wartezeit von drei Monaten nach der Niederlassung aufzuheben, ferner die Verleihung des Stimmrechts an Aufenthalter schon nach drei Monaten statt nach eineinviertel Jahren. Der Stimmzwang bei kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen, zwei Jahre zuvor vom Grossen Rat auf Eingabe der Grütlivereine abgelehnt, sollte nun verfassungsmässig niedergelegt werden.

Der dem Grossen Rat gewidmete zweite Abschnitt enthielt als *pièce de résistance* die Einführung der *Proportionalwahl*. Die Arbeiterschaft durfte hoffen, mit dieser Forderung auf die Unterstützung der Konservativen rechnen zu dürfen. Die Reduktion der Zahl der Grossräte, Massnahmen zu verstärkter Disziplin und angemessenes Taggeld waren weitere Forderungen, die im Interesse der Arbeiterschaft lagen.



Der dritte Abschnitt führte die dem Staat zu übertragenden wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben an. Dabei waren sich allerdings die Verfasser bewusst, dass sich der Staat auch ohne verfassungsmässige Grundlage auf diesem Gebiet gesetzgebend betätigen konnte und dass die entscheidenden Massnahmen auf eidgenössischer Ebene zu erfolgen hatten. Neben einer umfassenden *obligatorischen Krankenversicherung* durch den Staat und der Umgestaltung des Bürgerspitals in ein Kantonsspital zugunsten der Niedergelassenen und Aufenthalter forderte die Eingabe die *Verstaatlichung* des Apothekerwesens, vor allem aber *des Armenwesens*. Sie anerkannte wohl das von privater Seite Geleistete, zeigte aber die Unzweckmässigkeit und Unvollständigkeit der bisherigen Armenpflege auf. Mit dem Postulat einer staatlichen *Alters- und Invalidenversicherung* und der Fürsorge für verwahrloste Kinder wurde auf neue Aufgaben der staatlichen Sozialpolitik hingewiesen. Unter den wirtschaftlichen Forderungen verdienen jene nach einer staatlichen Arbeitsvermittlung und nach staatlicher Unterstützung von Produktionsgenossenschaften vom Arbeiterstandpunkt besondere Erwähnung.

In dem das Erziehungswesen betreffenden vierten Abschnitt wurde die alte Forderung nach *Unentgeltlichkeit des Schulbesuchs und der Lehrmittel* an allen öffentlichen Schulen an den Anfang gestellt; sogar die Abschaffung der Kollegiengelder für einheimische Studenten wurde in Betracht gezogen. Zur Weckung des Solidaritätsbewusstseins über alle gesellschaftlichen und konfessionellen Schranken hinweg sollte den Eltern der Zwang auferlegt werden, ihre schulpflichtigen Kinder in die öffentliche Schule zu schicken, eine Konzeption, die im wesentlichen auf das Jakobinertum zurückging. Zur Entlastung der vielen berufstätigen Mütter aus Arbeiterkreisen wurde die *Errichtung staatlicher Kleinkinderschulen* gefordert, konnten doch die bestehenden privaten, meistens kirchlichen Kindergärten mit ihren ungünstigen Raumverhältnissen und dem obligatorischen Schulgeld kaum mehr genügen.

Abschnitt 5 der Eingabe sah eine weitgehende Justizreform vor. Hauptpostulat war die *unentgeltliche Rechtspflege*, mindestens für die untersten Bevölkerungsklassen.

Ein Schlussabschnitt enthielt allgemeine Bestimmungen von zweitrangiger Bedeutung.<sup>104)</sup>

Obschon nur eine beschränkte Zahl der hier aufgestellten Forderungen Aussicht hatten, verwirklicht zu werden, rechtfertigt es sich, in einiger Ausführlichkeit auf die Eingabe einzugehen. Sie beruht auf *zwei Grundkonzeptionen*: einer in diesem Ausmass bisher noch nirgends verwirklichten *Demokratisierung* des politischen Lebens und eines alle bisherigen Ansätze weit übertreffenden *Wohlfahrtsstaates*. Heute sind, mit Ausnahme weniger extremer Postulate, die meisten dieser Anliegen erfüllt. Die Männer, die hinter der Eingabe von 1888 standen – vor allem deren geistiger Vater, Eugen Wullschleger – wussten wohl, dass es sich um ein Fernziel handle. Ob die späteren Exponenten einer weitgehenden Demokratisierung und Wohlfahrtspolitik innerhalb der Sozialdemokratie und des Linksbürgertums sich wohl bewusst waren,



dass die Mehrzahl der erst nach dem Ersten Weltkrieg verwirklichten Postulate schon im Jahr 1888 von weitschauenden, *ihrer Zeit vorausseilenden Arbeiterführern* aufgestellt worden waren?

Im Dezember 1889 nahm der Grosse Rat nach zweimaliger Lesung mit einem Mehr von acht Stimmen den während des ganzen Jahres durchberatenen *Verfassungsentwurf* an. Der Volksentscheid wurde auf die beiden ersten Februartage des Jahres 1890 angesetzt.<sup>105)</sup>

Die Arbeiterpartei gab die Ja-Parole aus, führte aber den Abstimmungskampf an der Seite der Freisinnigen mit wenig Begeisterung. Von ihren wichtigsten Forderungen war zwar die Volkswahl der Regierung durchgedrungen; die Volkswahl der Gerichtspräsidenten, die Reduktion des Grossen Rats und der Proporz waren dagegen nach heftigen Debatten abgelehnt worden. Die schulpolitischen Anliegen wurden weitgehend erfüllt, weil sie mit jenen des Freisinns grösstenteils übereinstimmten; das Recht der Eltern, ihre Kinder in die ihnen passende Schule zu schicken, blieb jedoch unangetastet. Die Sozialpolitik wurde als besondere Aufgabe des Staates anerkannt, in Art. 11 der neuen Verfassung aber nur in ganz allgemeinen Worten umschrieben. Die Armenpflege sollte weiterhin Sache der Bürgergemeinde und der freiwilligen Tätigkeit bleiben, aber unter Mitwirkung und Unterstützung des Staates, der auch gesetzliche Bestimmungen über Krankenpflege zu erlassen und die Altersfürsorge zu unterstützen habe. Damit war immerhin eine verfassungsmässige Grundlage für eine fortschrittliche Sozialpolitik geschaffen. Noch wichtiger war aber, dass die Forderung nach der Möglichkeit von Partialrevisionen der Verfassung durchgesetzt worden war. Damit war einem späteren Ausbau der demokratischen Rechte und des Wohlfahrtsstaates der Weg geebnet. Dies setzte allerdings voraus, dass die Arbeiterpartei im Grossen Rat die Mehrheit oder doch eine sehr starke Position erreiche – ein Ziel, von dem sie damals mit drei Vertretern im kantonalen Parlament noch weit entfernt war.<sup>106)</sup>

Bei einer überraschend geringen Stimmbeteiligung von 46% wurde die *neue Verfassung* im Februar 1890 mit Zweidrittelsmehr *gutgeheissen*. In der *Arbeiterhochburg Bläsi* betrug die Zahl der Annehmenden *über 80%*.<sup>107)</sup>

Unter den weiteren Volksabstimmungen der späteren achtziger Jahre stiessen die baupolitischen bei der Arbeiterschaft auf geringes Interesse. Einen Erfolg erzielte der Grütliverein mit seiner von der Arbeiterpartei unterstützten Volksinitiative für die Einführung der «bürgerlichen Feiertage» Oster- und Pfingstmontag. Bei mässiger Stimmbeteiligung wurde die Vorlage am 13. Februar 1887 vom Volk mit deutlichem Mehr angenommen.<sup>108)</sup>

Eine *langjährige Leidensgeschichte* hatte die *obligatorische Krankenversicherung der Arbeiterschaft*.<sup>109)</sup> Von Staatsschreiber Gottfried Bischoff schon zur Zeit der Ersten Internationale angeregt, war sie noch unter dem alten Ratsherrenregime auf ein Projekt des Initianten und Adolf Christs hin zur Sprache gekommen. Nach der Verfassungsreform von 1875 hatte der mehrheitlich freisinnige Grosse Rat einem ent-

sprechenden Gesetz grundsätzlich zugestimmt, doch liess dieses noch lange auf sich warten. 1881 lag endlich ein Gesetzesentwurf der Regierung vor. Er enthielt das Projekt einer obligatorischen Kranken- und Begräbniskasse für alle Hausangestellten und für alle in Fabriken und im Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Gesellen. Die Arbeitgeber sollten verpflichtet werden, daran beizutragen. Während der Grosse Rat aber die unentgeltliche Bestattung 1885 fast widerstandslos beschloss, wurde das Schicksal des so früh entworfenen Plans einer Krankenversicherung zu einer Kette von Verwirrungen und Verzögerungen.

Der neuen freisinnigen Grossratsmehrheit von 1881 genügte der Entwurf nicht. Staatsschreiber Göttisheim trat für eine alle Kantonseinwohner umfassende obligatorische Versicherung ein. Dazu fehlten aber die finanziellen Grundlagen; zudem machte die Ärzteschaft dem Projekt heftigste Opposition.

Ein vom Bandfabrikanten Rudolf Sarasin im Grossen Rat gestellter Antrag, es sollten wenigstens zunächst alle dem Fabrikgesetz unterstellten Arbeiter gegen Krankheit versichert werden, fand in einer stark besuchten Arbeiterversammlung vom 7. Februar 1886 ein ungnädiges Echo, da sie ihn als ungenügend empfand; gefordert wurde staatliche unentgeltliche Krankenpflege für die ganze arbeitende Bevölkerung. Eine entsprechende Eingabe an die Regierung wurde von den Grütli- und anderen Arbeitervereinen genehmigt.<sup>110)</sup>

Als im Sommer 1887 der Grosse Rat den Antrag Sarasins in zwar erweiterter, aber auf die Forderungen der Arbeiterschaft nur unwesentlich eintretender Form zum Gesetz erhob, warf der «Arbeiterfreund» dem Freisinn Wortbruch vor, da er sich nicht an das gemeinsame Wahlprogramm des Frühlings gehalten habe. Der Arbeiterbund beschloss, das Referendum zu ergreifen. Da das Gesetz den Kreis der Versicherungspflichtigen sehr eng zog, den Arbeitnehmer im Verhältnis zum Arbeitgeber stark belastete und keine staatlichen Beiträge vorsah, kam das Referendum leicht zustande. Unterstützung fand die Arbeiterpartei beim Demokratischen Verein, bei den «Basler Nachrichten» und beim «Basler Volksblatt.»<sup>111)</sup>

Am 11. September 1887 wurde das Gesetz vom Basler Volk bei geringer Stimmbeteiligung deutlich verworfen. Gemäss dem Abstimmungskommentar des «Arbeiterfreunds» hatten die Konservativen eindeutig für, die Arbeiter gegen das Gesetz gestimmt; im Freisinn und bei den Katholiken habe sich ein rechter Flügel für, ein linker gegen das Gesetz ausgesprochen.<sup>112)</sup>

Ein neuer Gesetzesentwurf – im wesentlichen das Werk des freisinnigen Regierungsrats Philippi – ging, ohne die Arbeiterforderungen voll zu verwirklichen, wieder viel weiter. Er sah eine öffentliche Krankenkasse vor, deren Defizit der Staat übernehmen sollte; obligatorisch war der Beitritt für alle Einwohner, deren Einkommen unter einer bestimmten Grenze lag. Philippi, vom Arbeiterbund eingeladen, über sein Projekt zu referieren, vermochte die Mehrheit der immer noch skeptischen Arbeiterdelegierten für seine Sache zu gewinnen. Im März 1890 erlitt aber auch dieser Entwurf bei diesmal starker Stimmbeteiligung dasselbe Schicksal wie sein Vorgänger.

Das Gros der wenig über 30% ausmachenden Befürworter bildete nach Wullschlegers Ansicht die Arbeiterschaft. Damit war für mehr als zwei Jahrzehnte der Gedanke einer obligatorischen Krankenversicherung begraben.<sup>113)</sup>

Häufiger als des Referendums und der Volksinitiative bediente sich die Arbeiterpartei des Mittels der *Petition* an den Grossen Rat, wobei die Eingaben fast ausschliesslich Eugen Wullschleger zum Verfasser hatten.

So beschloss die schon in anderm Zusammenhang erwähnte Arbeiterversammlung vom 7. Februar 1886 zu Safran, den Grossen Rat um die Einführung des *Stimmzwangs* bei eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen anzugehen, um die Stimmbeteiligung zu heben. Wullschleger, der das Einleitungsreferat hielt und darin auf Beispiele aus andern Kantonen hinwies, mochte dabei nicht zuletzt an den Vorteil seiner eigenen Partei denken, da der Abstentismus gerade bei der Arbeiterschaft ein altes Übel darstellte. Trotz einem gehaltvollen Plädoyer des Initianten ging der Grosse Rat am 11. Oktober über die Petition mit 54:6 Stimmen zur Tagesordnung über.<sup>114)</sup>

Ein altes Anliegen der Basler Arbeiterschaft wurde zu Ende des Jahres 1889 vom Grossen Rat endlich verwirklicht: die Einführung *gewerblicher Schiedsgerichte*. Dabei wurden wesentliche Punkte einer Eingabe des Arbeiterbunds vom Februar berücksichtigt. Die ersten Wahlen in die nach Berufsgattungen gegliederten paritätischen Schiedsgerichte vermochten keine hohen Wellen zu schlagen, beteiligten sich doch nur 13% der Arbeitgeber und 15% der Arbeitnehmer daran. Die Listen des Gewerbe- und des Handels- und Industrievereins beziehungsweise des Arbeiterbunds drangen fast vollständig durch.<sup>115)</sup>

Eine von Wullschleger angeregte Petition des Arbeiterbunds um die Einführung staatlicher Kinderhorte vom Jahre 1888 fand durch die neue Verfassung wenigstens teilweise Erfüllung.<sup>116)</sup>

Von grosser Bedeutung war eine von *Wilhelm Arnold* im März 1888 im Grossen Rat eingereichte Motion, wonach der Regierungsrat eine *Untersuchung der Wohnverhältnisse* in der Stadt Basel, namentlich in sanitärischer Hinsicht, veranlassen sollte.<sup>117)</sup> Sie gab den Anstoss zu der grossen *Wohnungenenquête* Professor Büchers im folgenden Jahr und führte später zu einer sozialeren Wohnungsgesetzgebung.

Das Postulat eines *staatlichen Arbeitsnachweisbüros* stand schon auf dem ersten Aktionsprogramm des Arbeiterbunds von 1886. Im Herbst 1888 reichte dieser eine entsprechende Petition an den Regierungsrat ein. Ein Anzug Wullschlegers in derselben Angelegenheit wurde vom Grossen Rat oppositionslos angenommen. Die Verwirklichung sollte allerdings noch längere Zeit auf sich warten lassen.<sup>118)</sup>

Über die Vorstösse der Arbeiterpartei zugunsten des proportionalen Wahlrechts soll an anderer Stelle die Rede sein.

In einer grossen Artikelserie über den Arbeiterbund Basel stellte der «Arbeiterfreund» im März 1889 ein als *Fernziel* gedachtes *Aktionsprogramm* auf, das an die Stelle des Arbeiterbund-Programms von 1886 treten sollte und alle wesentlichen For-

derungen sozialistischer Kommunalpolitik enthielt. Es war als Grundlage der jeweiligen Jahresprogramme der Arbeiterpartei gedacht und ging vom Prinzip aus: Sozialpolitik von Fall zu Fall, aber unter Berücksichtigung des Endziels des Sozialismus. Unter den politischen Postulaten steht der Proporz an erster Stelle, unter den wirtschaftlich/sozialen finden sich neben den Forderungen der Eingabe an die Verfassungskommission von 1888 als neue unter andern: Staatssubventionen für Arbeiterwohnungen, Einführung des Regiebetriebs bei Staatsarbeiten, Festsetzung eines Lohnminimums bei den Staatsarbeitern, Verbot der industriellen Frauenarbeit.

Als Ende der achtziger Jahre die Neuorganisation der Basler Arbeiterpartei erfolgte, war ihre *kantonale Politik auf Jahre hinaus festgelegt*.

Mit der kurzen Unterbrechung von 1878–1881 besass der Freisinn in Basel seit 1875 eine sichere Mehrheit im Grossen Rat. Die Minderheitsparteien, die Konservativen, die Katholiken und die Arbeiterpartei, so sehr sie sich in ihren politischen Auffassungen unterschieden, waren doch darin einig, dass sie sich von der freisinnigen Mehrheit in ihrem Recht verkürzt fühlten. Nur eine zahlenmässig gerechte Verteilung der Grossratssitze, wie sie das schon in den siebziger Jahren von Professor Hagenbach-Bischoff in die Diskussion geworfene *Proportionalsystem* gewährleistete, konnte jeder Partei die ihr gebührende Vertreterzahl verschaffen.<sup>118a)</sup>

In der organisierten Arbeiterschaft war die Forderung nach dem Proporz schon in der Zeit der Ersten Internationale erhoben worden. In einem Leitartikel vom Sommer 1888 kam Wullschleger im «Arbeiterfreund» noch einmal ausführlich auf die Frage zu sprechen. Nach seiner Überzeugung würde sich neben der Arbeiter- auch die katholische Partei eindeutig dazu, der Freisinn dagegen bekennen; bei den Konservativen erwartete er Zustimmung mehr von den Grossräten als von den Wählern.<sup>119)</sup> Ein am 18. Februar 1889 in der Burgvogteihalle auf Veranlassung des Arbeiterbunds, der konservativen Quartiervereine und des Katholikenvereins durchgeführter öffentlicher Wahlversuch nach dem neuen System, der unter der Leitung Professor Hagenbachs stand, vermochte unter den Anwesenden manchen Skeptiker zu bekehren.<sup>120)</sup> Am 27. März beschloss eine Versammlung der Arbeiterpartei, zusammen mit den konservativen Quartiervereinen und dem Katholikenverein die Volksinitiative zur Einführung des Grossratsproporzes zu ergreifen.<sup>121)</sup> In die vorberatende Kommission des Grossen Rates wurden nach dem Vorschlag des Vereins liberaler Grossräte neben drei Anhängern sechs Gegner des Proporzes gewählt; der auch von den Konservativen vorgeschlagene Wullschleger wurde nicht berücksichtigt.<sup>122)</sup>

Im Herbst 1890 beschloss der Grosse Rat mit 66 gegen 45 Stimmen Abweisung des Initiativbegehrens. Nun musste das Volk entscheiden.

Am 23. November 1890 ergab die *Abstimmung* bei einer Beteiligung von 64,4% eine deutliche Verwerfung der Initiative: Nur 39,5% der Stimmenden sprachen sich dafür aus. Wullschleger vermutete, dass rund 30% der Arbeiter gegen die Parteiparole gestimmt hätten; die freisinnigen Zeitungen schätzten die Zahl der verwerfenden Arbeiter wesentlich höher ein. Die sozialdemokratische Parteiführung gestand die

*Niederlage* ohne weiteres ein, ohne aber die Hoffnung auf bessere Zeiten zu verlieren. «Der Proporz ist tot – es lebe der Proporz!», schloss der Leitartikler der *Partei*zeitung seinen Kommentar.<sup>123)</sup>

Seit 1892 hatte das Zentralkomitee des den Proporz erstrebenden *Schweizerischen Wahlreformvereins* seinen Sitz in Basel. Es wurde vom konservativen Nationalrat Speiser präsiert; dem Komitee gehörte auch Wullschleger an. An der Spitze der Basler Sektion stand der Vorkämpfer der Proportionalwahl, Professor Hagenbach.

Diese war es denn auch, die 1895 die ersten Schritte zu einem neuen Anlauf auf kantonalem Boden tat. Die SP beschloss ohne Verzug, die Initiative zu unterstützen.<sup>124)</sup> Seit 1890 hatten bereits sechs Kantone das Proportionalwahlssystem eingeführt, und die Erfahrungen damit waren bisher nicht ungünstig gewesen. Statt der nötigen 1000 konnten bis zum Juni fast 2000 Unterschriften zusammengebracht werden, mehr als die Hälfte davon durch die Bemühungen der SP.<sup>125)</sup> Erneut verwarf der Grosse Rat die Vorlage, im April 1897, diesmal allerdings nur sehr knapp.<sup>126)</sup>

Am 13. Juni 1897 stimmte das Volk bei sehr schwacher Beteiligung (38,1%) der Initiative mit knapper Mehrheit (50,9%) zu – auch die Arbeiterschaft war grösstenteils zu Hause geblieben.<sup>127)</sup> Die Idee des Proporz hatte sich wohl bei den Führern des ersten und zweiten Glieds durchgesetzt, beim Parteivolk, bei den Sympathisanten und bei der nichtorganisierten Arbeiterschaft war sie aber noch zu wenig populär.

Der Freisinn gab sich nicht geschlagen. Er setzte es im Grossen Rat durch, dass das neue Wahlverfahren mit dem Stimmzwang verbunden wurde, wohl wissend, dass der unpopuläre Stimmzwang das ganze Gesetz zu Fall bringen werde. Wullschleger, selbst seit Jahren ein überzeugter Anhänger des Stimmzwangs, durchschaute das Manöver sogleich und verlangte getrennte Abstimmung. Er vermochte damit zwar in der Fraktion nicht durchzudringen, wohl aber die entscheidende Parteiversammlung für seine Ansicht zu gewinnen.<sup>128)</sup> Im Grossen Rat unterlag dann allerdings der sozialdemokratische Antrag auf getrennte Abstimmung knapp, nicht zuletzt wohl deshalb, weil Wullschleger ihn wegen der Nationalratssession nicht selber begründen konnte.<sup>129)</sup> Die SP gab trotzdem die Ja-Parole für die Volksabstimmung vom 4. Dezember 1898 aus, bedauerte allerdings die Koppelung der beiden verschiedenen Vorlagen.<sup>130)</sup>

Allein ein Rekurs der konservativen Initianten beim Bundesgericht hatte den Erfolg, dass die veränderte Vorlage als verfassungswidrig bezeichnet wurde.

Die «Vorwärts»-Redaktion, aufgebracht über die *freisinnigen Verschleppungsmanöver*, gab im Mai 1900 in drohendem Tone bekannt, die SP habe genug davon, Amboss zu sein. Wenn die freisinnigen Quertreibereien kein Ende fänden, werde sie ihren eigenen, andern unbequemen Weg gehen. «Wir haben nicht viel zu verlieren, der jetzt noch scheinbar mächtige Gegner alles!»<sup>131)</sup> Am Vorabend der nun doch in der ursprünglichen Form zustande gekommenen Abstimmung schrieb Arnold: «Es gibt in unserer Mitte tüchtige, politisch erprobte Männer, welche eine Verwerfung des Proporz nicht ungern sehen, um der Sozialdemokratie neue, kräftige Impulse



zu geben, sie zu energischeren Taten anzutreiben und mit Erbitterung zu erfüllen... Wird der Proporz verworfen, dann muss unsere Taktik einer grundsätzlichen Revision unterworfen werden.»<sup>132)</sup>

Die *Verwerfung* wurde am 4. November 1900 mit nur 44,9% Zustimmenden Tatsache; der Freisinn hatte noch einmal gesiegt. Aber die angedrohte revolutionäre Taktik der SP kam nicht zur Anwendung, obschon der negative Entscheid von 1900 zweifellos zur *Radikalisierung der Sozialdemokratie* beigetragen hat. Diese bot bald darauf den andern Minderheitsparteien die Hand zu einem neuen Vorstoss für den Proporz, der diesmal erfolgreich ausgehen sollte.

Mehr Glück als mit dem Proporz hatte die SP mit einer andern Initiative zu einer Verfassungsreform; sie sah die *Wahl der Richter durch das Volk* vor. Dieses alte Anliegen der organisierten Arbeiterschaft war bei der Verfassungsrevision von 1889/90 nicht verwirklicht worden. Unmittelbar nach Beendigung der Unterschriftensammlung für das eidgenössische Banknotenmonopol begann jene für die kantonale Initiative. Ende 1890 wurden 1386 gültige Unterschriften eingereicht. Im April 1891 wurde ein Aktionskomitee unter dem Vorsitz Wullschlegers eingesetzt, dem auch linksfreisinnige Grossräte angehörten. Es entfaltete während drei Wochen eine intensive Werbetätigkeit. Am 10. Mai wurde die Vorlage bei schwacher Stimmbeteiligung (36,2%) annähernd mit Zweidrittelsmehrheit angenommen, nachdem die konservative ASZ sogar an die Frauen appelliert hatte, ihre Gatten, Söhne und Brüder gegen die «Wullschleger'sche Verfassungsrevision» aufzustacheln. Die Hauptzahl der Ja-Stimmen hatten die Kleinbasler Arbeiterquartiere aufgebracht.<sup>133)</sup> Wie das Kapitel über die Richterwahlen erweist, resultierte aus dem neuen Volksrecht für die SP bis zur Jahrhundertwende aber nur ein dürftiger Gewinn; es blieb auch später in der Arbeiterschaft wenig populär.

Mit der Verstärkung der Vertretung im Grossen Rat verlegte sich die politische Tätigkeit der SP im Kanton immer mehr ins Parlament. Schritt für Schritt wurde die Verwirklichung vornehmlich der sozialpolitischen Postulate, wie sie die Arbeitsprogramme der Wahljahre verkündet hatten, mit Hilfe von Anzügen und Postulaten in Angriff genommen. Wenn sie damit zunächst nur selten durchdrang, so hat die SP doch mehr als jede andere Partei den sozialpolitischen Ausbau des Staates vorbereitet.

Eine *lange Leidensgeschichte* hatte – wie der Proporz und die kantonale Unfallversicherung – die sozialdemokratische Forderung nach einer *staatlichen Arbeitslosenversicherung*. Das Postulat war von der organisierten Arbeiterschaft seit der Zeit der Ersten Internationale immer wieder sporadisch in Jahren starker Arbeitslosigkeit in der Seidenbandindustrie und im Baugewerbe erhoben worden.

Nachdem Müller-Ott im November 1891 den Grossen Rat durch einen Anzug auf die traurige Lage der Textilarbeiterschaft aufmerksam gemacht hatte<sup>134)</sup>, brachte Arnold im Namen der Fraktion im Februar 1893 einen Anzug ein, der die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung verlangte.<sup>135)</sup> Von 1894 bis 1899 durchlief

der Vorschlag alle Stadien der legislativen Maschinerie. Der von der Regierung mit der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs betraute Professor Georg Adler referierte am 13. Januar 1895 an einer Parteiversammlung über die Hauptgesichtspunkte seines Projekts. Wie Basel 1869 durch die vereinten Bemühungen der Führer der Konservativen, der Demokraten und des Internationalen Arbeitervereins den gesetzlichen Normalarbeitstag eingeführt habe und damit für andere Gemeinwesen vorbildlich geworden sei, so gelte es jetzt, für die gesamte zivilisierte Welt mit der Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung ein anspornendes Beispiel zu geben. Damit konnte sich die SP ohne weiteres einverstanden erklären; die Kritik setzte bei der Finanzierung und bei der Festsetzung der Berechtigten ein. Allgemein wurde eine wesentliche Reduktion der Beiträge der Arbeiter bei entsprechender Erhöhung des Staatsbeitrags und die Aufnahme der grossen Zahl in Basel niedergelassener, aber in der ausländischen Nachbarschaft beschäftigter Fabrikarbeiter in die Versicherung gefordert.<sup>136)</sup> Nach Anhörung von Referaten Adlers und Wullschlegers nahm eine von 500 Arbeitern besuchte Versammlung am 10. Februar eine Resolution an, die im Prinzip das Gesetz begrüßte, aber erneut die obengenannten Forderungen erhob und eine dominierende Stellung der versicherten Arbeitnehmerschaft in der Verwaltungskommission der zu gründenden Versicherungskasse verlangte.<sup>137)</sup> Entsprechende Eingaben wurden der sich mit dem Projekt befassenden Grossratskommission eingereicht.<sup>138)</sup> Sie berücksichtigte einen Teil der vorgebrachten Wünsche. Am 23. November 1899 nahm das Plenum die Vorlage an.<sup>139)</sup> Sogleich ergriff der Gewerbeverein das Referendum dagegen und brachte die nötige Unterschriftenzahl innert kurzer Frist auf; 30% der Unterschriften stammten von Arbeitern!<sup>140)</sup>

Im heftigen Abstimmungskampf traten neben der Parteiführung der SP und dem von Professor Kinkelin angeführten Freisinn auch eine Minderheit von Katholiken für das Gesetz ein, dagegen agitierten die Gewerbspartei, die Mehrzahl der Katholiken unter der Führung von Dr. Feigenwinter und ein Teil der Konservativen. Am 18. Februar 1900 wurde es bei einer Stimmbeteiligung von 41% mit 5458 Nein gegen 1120 Ja äusserst *wuchtig verworfen*; in der Arbeiterhochburg Bläsi überwogen die Ablehnenden die Zustimmenden im Verhältnis 5:1. Unter dem Titel «Das Gesetz ist tot, es lebe die Arbeitslosenversicherung!» stellte Wullschleger in einem Kommentar im «Vorwärts» fest, nur eine Minderheit der Arbeiter habe die Arbeitslosenversicherung nicht gewünscht, die Mehrzahl habe aber das vorliegende Gesetz, das den Arbeiterwünschen nicht genügend entgegengekommen sei, abgelehnt. Sogleich reichte der sich nicht leicht geschlagen Gebende im Grossen Rat auf eigene Verantwortung einen Anzug ein, der einen staatlichen Fonds für den Fall der Arbeitslosigkeit vorsah.<sup>141)</sup>

Ein ähnliches Schicksal erlitten die bereits 1888 einsetzenden *Vorstösse Wilhelm Arnolds*, des jahrelangen Vorsitzenden des Wohnungsmietervereins, für ein Wohnungsgesetz, dessen Dringlichkeit durch die Wohnungsenquête Professor Büchers genügend bewiesen war. In allen Wahlprogrammen der SP nahm die *Wohnungsfrage*

eine hervorragende Stellung ein. 1891 reichte Arnold im Grossen Rat einen neuen Anzug ein.<sup>142)</sup> Als sechs Jahre später endlich ein Gesetzesentwurf vorlag, stimmten die Sozialdemokraten im Grossen Rat dagegen, nachdem ihre wichtigsten Anträge ausnahmslos abgelehnt worden waren. So konnten sie sich nicht damit abfinden, dass die Grossratsmehrheit die regierungsrätliche Fassung des ersten Paragraphen abgelehnt hatte, wonach alle Wohnräume der amtlichen Aufsicht unterstellt werden sollten und nicht bloss die zum Vermieten bestimmten. Die Ablehnung von Vorschriften über den Unterhalt von Mieterwohnungen machte schliesslich die Verwerfung des Gesetzes für die Fraktion zur unabweisbaren Pflicht.<sup>143)</sup> Im Parteikomitee waren die Meinungen darüber geteilt, ob man das zustandegekommene Referendum unterstützen solle, versuchte doch Arnold zu retten, was zu retten war.<sup>144)</sup> Eine Parteiversammlung kam zu keiner einheitlichen Stellungnahme, sodass Stimmfreigabe beschlossen wurde. Die Gegner des Gesetzes warfen diesem vor allem vor, es schütze den Vermieter, kümmere sich aber wenig um die ökonomischen Verhältnisse des Mieters.<sup>145)</sup> Am 24. Juni 1900 erzielten die Initianten des Referendums einen deutlichen Sieg: Zwei Drittel der Stimmenden sprachen sich gegen das Gesetz aus. In den Arbeiterquartieren war das Stimmenverhältnis kaum anders. Arnold hatte innerhalb weniger Monate mit seinen beiden Hauptanliegen *schwere Niederlagen* erlitten und trat in der Folge unter den Basler Arbeiterführern ins zweite Glied zurück.

Am 1. Januar 1891 nahm die *Poliklinik* ihre Tätigkeit auf. Sie bezweckte unentgeltliche ärztliche Behandlung und Abgabe von Arzneien und Verpflegung für die Angehörigen der untersten Einkommensklassen. Deren Zahl wurde auf 25 000 geschätzt. Schon im Herbst 1890 hatte Bärwart einen Anzug eingereicht, wonach die vorgesehene Grenze der Genussberechtigung für die Verheirateten zu erhöhen sei, war aber damit nicht durchgedrungen.<sup>146)</sup> Einer ähnlichen Motion Wulschlegers vom Mai 1894 war wenigstens ein Teilerfolg beschieden.<sup>147)</sup> In den nächsten Jahren stand die Erweiterung des Kreises der Berechtigten neben der Errichtung eines kantonalen Gesundheitsamtes und unentgeltlicher Polikliniken für Augen- und Zahnheilkunde immer wieder auf den Wahlprogrammen der SP.

Wenig Aussicht hatte von Anfang an ein Anzug Wulschlegers vom Herbst 1891, die Armenpflege völlig zu verstaatlichen. Vor allem konservative Kreise sahen darin einen ersten Schritt zum Sozialismus und bekämpften das Anliegen mit Erfolg. So blieb die bisherige gemischte Form bestehen, bei der Bürgergemeinde, Staat und freiwillige Tätigkeit Privater zusammenwirkten.<sup>148)</sup>

Erfolgreicher erwies sich ein Anzug Rudolf Schweizers vom Juni 1895, der die Errichtung eines ständigen gemischten *Vermittlungsamtes* zur Schlichtung von Lohndifferenzen vorsah: Er wurde beinahe einstimmig der Regierung zur Prüfung überwiesen.<sup>149)</sup> In der geforderten Form wurde das Anliegen erst 1911/12 als Staatliches Einigungsamt verwirklicht, doch erreichte der Anzug immerhin, dass der Grosse Rat beschloss, bei bedeutenden Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern müsse von Staats wegen eine Vermittlung angebahnt werden.<sup>150)</sup>

Im Februar 1896 überwies der Grosse Rat einen Anzug Müller-Otts betreffend Revision des kantonalen Arbeiterinnenschutzgesetzes und Schaffung eines kantonalen Fabrikinspektorats fast einstimmig der Regierung, doch liess die Verwirklichung noch einige Zeit auf sich warten.<sup>151)</sup>

Im Juli desselben Jahres wurde ein weiterer Anzug Müller-Otts der Regierung überwiesen. Er forderte die Errichtung eines kantonalen *Statistischen Büros*, nicht zuletzt im Hinblick auf die Beschaffung statistischer Grundlagen für einen weiteren Ausbau der Sozialpolitik.<sup>152)</sup> 1900 wurden die gesetzlichen Grundlagen für die Institution geschaffen, zwei Jahre später nahm das Statistische Amt des Kantons Baselstadt seine Tätigkeit auf. Es vermochte die Hoffnungen der sozialdemokratischen Initianten weitgehend zu erfüllen.

Die *sozialpolitischen Vorstösse der SP* fanden auch ausserhalb der Arbeiterschaft ein Echo und entsprachen einem Bedürfnis, das nicht nur die unmittelbar Betroffenen empfanden. So wurde im November 1896 eine *überparteiliche «Sozialwissenschaftliche Vereinigung»* im Sinne entschiedener Sozialreform begründet, der neben linksfreisinnigen Politikern unter andern Wullschleger und der Genossenschaftspolitiker Dr. Hans Müller angehörten.<sup>153)</sup>

Während sich die SP bis über die Jahrhundertwende hinaus nur beiläufig mit den allgemeinbildenden Schulen befasste und sich an der Universität nur insofern interessierte, als sie die bestmögliche Besetzung der nationalökonomischen Lehrstühle forderte, lag vor allem Rudolf Schweizer und Adam Müller-Ott die *berufliche Ausbildung* sehr am Herzen. Jener verlangte die Revision des Gewerbeschulgesetzes, dieser den Erlass eines Lehrlingsgesetzes und die Errichtung von Lehrlingswerkstätten, doch blieben die beiden Vorstösse erfolglos. Gleich erging es im Oktober 1897 einem Anzug Stadelmanns, der die Errichtung eines kantonalen Technikums vorsah.<sup>154)</sup> Es sollte noch beinahe siebenzig Jahre dauern, bis das berechtigte Anliegen – auf neuer Grundlage – verwirklicht wurde.

Keine Zustimmung fanden 1898 auch die Anzüge Müller-Otts über die Verstaatlichung der Mobiliarversicherung und des Notariatswesens. Der Anzugsteller hat über die beiden Fragen Broschüren verfasst, die zu studieren sich auch heute noch lohnt.

Unter den politischen Vorstössen war jener nach *Revision des Bürgerrechts* im Sinne einer möglichst liberalen Praxis von grösster Bedeutung, doch soll davon erst weiter unten die Rede sein.<sup>155)</sup>

Auf Antrag Wullschlegers gab sich der *Grosse Rat* 1891 ein *neues Reglement*. Hauptforderungen der Arbeiterschaft waren der *Wegfall* von Vormittagssitzungen und des Obligatoriums *der schwarzen Kleidung*, ferner ein Sitzungsgeld von 5 Franken. Die beiden letztgenannten Postulate drangen durch, dagegen wurde an den Ganztagesessungen festgehalten.<sup>156)</sup> Einem Antrag des sozialdemokratischen Parteiführers entsprang auch der Beschluss des Grossen Rates, den bisher von der Regierung gewählten Erziehungsrat selbst zu wählen.<sup>157)</sup>

Im übrigen betätigten sich die *SP-Grossräte* bei jeder Gelegenheit als *Interessenvertreter der Staatsarbeiter* und der unteren und mittleren *Staatsangestellten*. Müller-Ott kämpfte für eine gerechtere Entlohnung der Lehrer, war diese damals doch noch weitgehend vom guten Willen der Vorgesetzten abhängig. Wullschleger setzte sich mehrmals kritisch mit den Zuständen im Polizeidepartement auseinander und forderte einen besseren Schutz des Koalitionsrechts.

Ein Anliegen, das seit der Zeit der Ersten Internationale immer wieder von der organisierten Arbeiterschaft vorgebracht worden war, sollte bis zur Jahrhundertwende *unerfüllt* bleiben: ein *eigenes Arbeiterheim*. Im Sommer 1893 stellten der Arbeiterbund und die SP gemeinsam ein Gesuch an die Regierung, aus Staatsmitteln ein Versammlungsgebäude zu errichten und allen gewerkschaftlichen und politischen Vereinen unentgeltlich zu überlassen.<sup>158)</sup> Der Regierungsrat liess sich vier Jahre Zeit, verlangte dann aber im Frühherbst 1897 von den Antragstellern zuverlässiges Material über den Bestand der interessierten Vereine.<sup>159)</sup> Die von Grossrat Krebs aufgrund von Fragebogen durchgeführte Enquête war unvollständig, gibt aber doch ein gutes Bild über die Vereinsverhältnisse zu Ende des 19. Jahrhunderts. 32 der erfassten 34 Vereinigungen sprachen sich für ein vom Staate zur Verfügung gestelltes, in Grossbasel gelegenes Volkshaus ohne Konsumationszwang aus.<sup>160)</sup> Nach einer Audienz Wullschlegers und Krebs' beim Vorsteher des Departements des Innern, Regierungsrat Reese, im Juli 1898, wurden die Vorarbeiten für eine entsprechende Vorlage rasch vorangetrieben.<sup>161)</sup> Der Grosse Rat lehnte jedoch im März 1899 den Antrag ab.<sup>162)</sup> Dieser Entscheid dürfte nicht wenig zur Radikalisierung der Arbeiterschaft in den folgenden Jahren beigetragen haben.

## 7. Kapitel: Der Arbeiterbund Basel im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts

### a) Mitgliederbewegung

*Ende der achtziger Jahre* zählte der Arbeiterbund Basel schätzungsweise *1400 bis 1500 Mitglieder*. Weshalb eine ausgesprochene Industriestadt mit über 70 000 Einwohnern eine so *geringe Zahl von organisierten Arbeitern* aufwies, ist zu Beginn des 2. Kapitels dargelegt worden. Der Grenzstadtcharakter Basels wirkte sich auch in den neunziger Jahren sehr ungünstig auf die Organisierbarkeit der Arbeiterschaft aus. Nach einer Statistik des Departements des Innern wohnten 1895, als die Bevölkerung des Kantons sich bereits der Hunderttausender-Grenze näherte, von 15 300 in Basel beschäftigten Arbeitern 5300 in der Nachbarschaft, vornehmlich in Baden und im Elsass.<sup>1)</sup> Es lag auf der Hand, dass die ausserhalb des Kantonsgebiets Wohnenden der Organisation nur schwer zugänglich waren. Da sie infolge der geringeren Lebensbedürfnisse zudem für die in Basel wohnenden Arbeiter eine lohndrückende Konkurrenz darstellten, herrschten zwischen den beiden Kategorien schwere Spannungen,